

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbestellungs monatlich 4,65 M., bei Zustellung unter Straßendruck für Deutschland 4,50 M., fürs Ausland 7,80 M., per Brief 12,80 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichnis: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Dem toten Führer.

Beileidskundgebungen.

Der Familie des Genossen Haase gingen am Freitag folgende Telegramme zu:

Tiefste Anteilnahme am unerwarteten Verlust verleihe persönlich und für die Fraktion der U. S. D. Fritz Geyer (Leipzig).

Dem erschütternden Verlust Ihres allverehrten Mannes, unseres unvergesslichen Freundes und Kämpfers sendet die Beileidigung dankbarer Teilnahme namens aller Parteigenossen die Parteileitung der U. S. D. Königsberg.

Tieferschüttert durch den Tod Ihres Mannes sprechen wir Ihnen und Ihrer Familie unsere aufrichtige Teilnahme aus. Vorstand der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Parteil. Braun, Franz, Juchacz, Müller, Wolfenbüttel, Pfannkuch, Ritter, Rynard, Scheidemann, Schulz, Weiss.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erhielt aus Wien folgendes Telegramm:

Tief erschüttert von dem unerwarteten Verlust, den die proletarische Bewegung in dieser schweren Zeit erleidet, trauert mit Euch um den tapferen, opferwilligen Kämpfer des Sozialismus.

Der Parteivorstand und die Nationalratsfraktion der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Sekr. Starck, Wien.

Haase und die Frauen.

Wago Haase tot! Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den letzten Vormittagsstunden die traurige Nachricht in den Arbeiterkreisen des Berliner Nordens. Und die Frauen eilten herbei, sammelten sich vor dem Krankenhaus in der Großen Hamburger Straße, wollten nicht glauben, daß Haase, ihr Haase tot sei. Und nichts könnte bereiteres Zeugnis ablegen für das, was Genosse Haase auch den Frauen innerhalb der Partei gewesen ist, als daß sie spontan zu der Stelle hineilten, zu der in den letzten Wochen unablässig die Gedanken aller hingewandert waren in inbrünstigem Hoffen, daß der Partei dieses ungeheure Opfer erspart bleibe, daß Haase bald wieder in lauffähiger Mitarbeit mitten unter uns stehen werde.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. In seiner Bahre sehen trauernd mit den vielen anderen die Berliner Genossinnen, die ihn am allerbesten kannten.

Haase hatte ein Herz für die Frauen, für ihre Seiden und Röcke! Wie wußte er sie zu verstehen, zu trösten! Wie viel Frauenelend hat er gelindert, mehr als je in die Öffentlichkeit drang, denn er, der Bescheidene, hielt es nicht für selbstverständliche Pflicht, Rot zu lindern, wo und wann immer sie es ihm heranzog. Möchte es der Summe einer Frau um ihren verhafteten Mann, möchte es sonst etwas sein, was die Frauen tat- und hilflos zu ihm trieb, jede ging von ihm fort, zuversichtlich und getrostet. Verteidigte er eine Genossin, wie wußte er ihre vorher Stärke einzulösen durch sein eigenes, festes Vertrauen in die Güte ihrer Sache.

Wann immer es sich in der Partei um Wahrung der Interessen der Frauen, um ihre Auffklärung, um ihre Beteiligung an der Mitarbeit handelte, da war es Haase, der unerschrocken für sie eintrat. Er erkannte, wie unerlässlich notwendig die Gleichberechtigung der Frau in der Tat sei, nicht nur im Wort. Er war der eifrigste Befürworter für das Erscheinen einer Frauenklatte, sobald die Partei nur einigermaßen die Mittel dafür aufbringen konnte. Und als auf dem Revolutionsparteitag im März das Erscheinen der „Kämpferin“ beschlossen wurde, da interessierte er sich bis ins kleinste für ihre Ausstattung, ihre Mitarbeiter, ihren Betrieb.

Haase war es auch, der dem Frauen-Reichsausschuß zu keinem Zustandekommen und zu seiner Anerkennung verhalf. In jeder seiner Tagungen nahm er teil und auf der letzten Konferenz im September ging er ausführlich ein auf die Bedeutung der Einberufung einer internationalen Frauenkonferenz.

Als die Genossinnen im Reich den Wunsch äußerten, im Anschluß an den Parteitag eine Reichsfrauenkonferenz einzuberufen, war er sofort dafür zu haben, und die Genossinnen im Parteivorstand wissen davon zu erzählen, wie sie stets bei ihm Unterstützung für alles fanden, was die Angelegenheiten der Frauen betraf.

So betrauern die Genossinnen nicht nur den Verlust und Schmerz, sondern auch den Mangel an weiblichen Führern, der

heute demütigt war, die Frauen innerhalb der Partei, wie im öffentlichen Leben, auf den Platz zu rücken, der ihnen gebührt.

Wie er uns kühn voranschritt in revolutionärer Unerschrockenheit, oftmals Berleumdung und Gehässigkeit ruhig hinnehmend, nur seinen Weg verfolgend, so wollen auch wir Frauen im Gedächtnis an ihn das Bestreben, das er jederzeit in sie gesetzt, rechtsfertigen, in seinem Sinne werden und wirken, bis erreicht ist, was ihm zu erlösen durch Mörderhand bereitet wurde, der Sieg der Revolution, die auch sein Werk mit war.

Verhaftung Cauffenbergs.

Hamburg, 7. November. Der Führer der kommunistischen Partei Groß-Hamburgs, der frühere Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Dr. Cauffenberg wurde in der Nacht, nachdem er in einer Versammlung in Wandfelde gesprochen hatte, auf Grund eines Haf-befehls des außerordentlichen Kriegsgerichts verhaftet.

Hamburg, 7. November. Offiziell wird mitgeteilt: Die bereits gemeldete Verhaftung Dr. Cauffenbergs, der zu Anfang der Revolution Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats war, ist deswegen erfolgt, weil er in einer öffentlichen Versammlung am 10. September aufgefodert hatte, die Regierung mit den Waffen in der Hand zum Teufel zu jagen.

Der 9. November in München.

Die Gelben feiern keine Revolution.

München, 7. November. Die christlichen Gewerkschaften Münchens lehnten die Arbeitsruhe für Sonnabend und die Revolutionsfeier, wie sie von den Betriebsräten und den sozialdemokratischen Parteien beschlossen wurde, entschieden ab und verlangen von ihren Mitgliedern, auf der ganzen Linie zur Arbeit zu erscheinen. Auch das Münchener Arbeitergesetzbuch fordert die Angestellten und Arbeiter auf, morgen zur Arbeit zu erscheinen. Für verhörmte Arbeitszeit werde der Arbeitslohn nicht ausbezahlt werden.

Die Betriebsräte der Straßenbahn beschloßen, den Straßenbahnbetrieb am Sonnabend stillzulegen.

Schwabenstreife.

T. U. Stuttgart, 7. November. Das Ministerium des Innern hat bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Kundgebungen verboten. Ferner sind bis zum 20. November alle politischen Versammlungen während 12 Stunden vor Beginn der Beschlüsse zu meiden. Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit ist die Antwort auf ein kommunistisches Flugblatt, das zu gewaltigen Demonstrationen am 7. November auffodert.

Die württembergischen Regierungssozialisten erweisen sich als gelehrige Schüler Roddes. Bald wird es in Deutschland wohl nirgends mehr Versammlungsfreiheit geben, trotz Verfassung, trotz vollendeter Demokratie.

Protest der französischen Eisenbahner.

Paris, 7. November. (Havas.) Die Gewerkschaft der Eisenbahner von Paris nahm eine Tagesdemonstration an, in der die Arbeiter aufgefodert wurden, am Freitag nachmittags die Arbeit abzusetzen, um gegen das langsame Fortschreiten der Umwälzungen und gegen den Eingriff in Rußland zu protestieren.

Von den bolschewistischen Fronten.

Judenitisch ist im Begriff, die Frontlinie zu verfrühen und sich bis zur Linie Karwa-Beipussce zurückzuziehen. Am 9. November sollen zwischen den Bolschewiken und Bixen neue Friedensverhandlungen stattfinden. Neuer Bericht, daß die Bolschewiken an der Donfront die Kosaken zum Rückzug gezwungen haben. An einem anderen Teile der Front, westlich von Vorissogelski, haben die Kosaken die 25. bolschewistische Division geschlagen. In Blaworod ist ein Aufstand gegen Kolltschal ausgebrochen. Die Sowjetregierung hat dort die Nacht an sich genommen. Die Gouvernements von Jekulsk, Jenissej und Tomsk sind vollständig in bolschewistischen Händen.

Die verpaßte Gelegenheit.

Der Jahrestag der Revolution soll vollenden, und innerhalb des Jahres vorbereitet wurde. Der Tag, an dem das deutsche Proletariat die politische Freiheit zu kämpfen geglaubt hatte, soll das Ende der Periode großer politischer Freiheiten für das deutsche Volk werden. Es ist der Wille des Bürgertums, das vor einem Jahr schlotternder Angst erzitterte und zu den größten Konzessionen bereit war. Das ist die Folge der Haltung jener Renegaten, die in vierjähriger Zusammenarbeit mit dem Bürgertum und den Militaristen den Gedanken der Klassenkämpfe dauernd verleugnet und dadurch den Glauben an den Sozialismus verloren hatten.

Monate politischer Ruhe liegen hinter uns, Monate, in denen die außerparlamentarische Aktion vollständig still lag, Monate, in denen für jeden ruhigen Beurteiler der politischen Verhältnisse klar wurde, daß ernst zu nehmende Absichten auf gewaltsamen Umsturz durch eine Minderheit der Bevölkerung nicht bestehen. Trotzdem war die Presse dauernd angefüllt mit Nachrichten, daß am 7. oder 9. November der entscheidende Schlag, der gewaltsame Putsch einer Minderheit erfolgen werde. Wo die Urheber dieser dauernden Verunsicherung der Bevölkerung sitzen, haben wir oftmals dargelegt, ebenso die Motive ihrer verbrecherischen Haltung. Mit verstärktem Eifer ist in den letzten Tagen diese Vergiftung der öffentlichen Meinung fortgesetzt worden. Man gab vor, daß der Putsch jetzt endlich bevorstehe, man teilte mit, daß die Waffenträger der Einwohnerwehren gesümmert werden sollten, um dadurch den Vorwand zu haben, alle militärischen Kräfte zu alarmieren und den entscheidenden Schlag gegen diejenigen zu führen, die auch jetzt, nach einer einjährigen Periode härtester Verfolgungen, nicht einzusehen vermögen, daß die Arbeiterklasse im Interesse der herrschenden Klassen auf alle Bestrebungen sozialer und politischer Art verzichten sollten.

Sieben lange Wochen stehen weit über 100 000 Metallarbeiter im Streik, um ein hartnäckiges und profitlüsternes Unternehmertum zu zwingen, ihre bescheidenen wirtschaftlichen Forderungen zu bewilligen. Die Entscheidung über die materiellen Ansprüche der Arbeiter ist zu ihrem Gunsten gefallen. Aber das Unternehmertum will noch nehmen an denen, die ihm diese Niederlage beigebracht haben. Nach alter Scharfmoderanter, die wir aus den früheren Kämpfen der Arbeiterklasse hinfänglich kennen, sollen die Wortführer der Arbeiter, ihre Vertrauensleute, die besten Stützen der Bewegung, für diese Niederlage der Unternehmer büßen. Das in jahrzehntelanger Erziehung selbstbegündete Solidaritätsempfinden der Arbeiterklasse bäumt sich gegen diese Absicht auf. Mit Recht, denn die Vertikalisierung jener Absichten bedeutet die Schwächung der ganzen Bewegung, ist ein empfindlicher Schlag gegen ihre Kraft, der durch die materiellen Zugeständnisse keinen Ausgleich findet. Die Staatsgewalt, die selbst in früheren Zeiten gegen solche Absichten des Unternehmertums eingegriffen ist, sieht duldsam zu. Nichts anderes bleibt der Arbeiterschaft übrig, als nochmals ihre ökonomische Kraft einzusetzen, um diesen Plan der Unternehmer zu scheitern zu machen. Die in den Händen der Rechtssozialisten ruhende Staatsgewalt demaskiert sich. Offen greift sie zugunsten des Unternehmertums ein und verhindert, daß die Drohung mit dem Generalstreik die Wirkung ausübt, die sonst von einer solchen Drohung ausgegangen wäre.

Aber da das Unternehmertum in den Reihen der Arbeiter selbst Diener findet, die Verrat an ihrer Klasse begehen, und die bis dahin glänzend aufrechterhaltene Einigkeit der Arbeiterklasse um politischer Zwecke willen zerfallen, sieht die berufene Vertretung der Arbeiterschaft von der Verhinderung des Generalstreiks ab, der nicht unterbleibt, wie in dem Aufruf der verschiedenen Körperschaften am Donnerstag morgen ausdrücklich festgesetzt wird.

Daß der Beschluß der Gewerkschaftskommission für die Berliner Arbeiterschaft verbindlich sein werde, konnte nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Denn selbst in dem Aufruf der verschiedenen Körperschaften am Mittwoch wurde ausdrücklich festgesetzt, daß die Entscheidung über den Eintritt in den Generalstreik von der Gewerkschaftskommission gefällt werde. Trotzdem sind in den letzten Tagen zahlreiche Verhaftungen von Streikleitern und Mitgliedern der Unabhängigen Partei erfolgt, ist die Auflösung des Vollzugsrats verfügt worden, Maßnahmen, die jeder rechtlichen Grundlage entbehren.

Die Verhaftungen sind selbst, wenn man die Roddesche Verordnung als zu Recht bestehend anerkennt, vollkommen ungesetzlich. Denn seine Verordnung konnte sich nur gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben wenden, nicht aber gegen einen Generalstreik an sich. Die Verhaftungen sind aber auch vorzunehmen worden für Dinge, die da dem

Die Generalsversammlung des Metallarbeiterverbandes am Freitag vormittag hatte beschlossen, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden würde, als bis die aus Anlaß der Sympathieaktion der Berliner Arbeiterschaft für die kämpfenden Metallarbeiter Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt worden sind.

Etwa 20 Minuten darauf erschien ein größeres Aufgebot von Sicherheitsbedienten im Bureau des Metallarbeiterverbandes. Auf die Frage eines Angestellten nach dem Wunsche der Herren, gaben sie zur Antwort, daß sie Herrn Rusch zu sprechen wünschten.

Die Soldaten drangen darauf ohne weiteres in den Raum ein, in dem sich Rusch befand, um ihn zu verhaften. In diesem Augenblick beriet der Genosse Brandes in demselben Zimmer telephonisch mit dem Reichsarbeitsminister über die Aufnahme von Verhandlungen, so daß Brandes sofort Gelegenheit nehmen konnte, dem Minister Schilde von der Verhaftung Ruschs Kenntnis zu geben.

Am Abend beschäftigte sich eine Verwaltungskommission des Metallarbeiterverbandes mit der Verhaftung Ruschs. Man beschloß, eine Kommission zu entsenden, die mit dem Reichslobbeteiler über die Entlassung Ruschs verhandeln sollte. Die Kommission erhielt an Ort und Stelle die Auskunft, daß das Kabinett eine Unterkommission beauftragt habe, unter dem Vorbehalt des Scheiterns über den Fall berichten zu sollen.

Der Verhaftete Rusch wird also in dem Augenblick verhaftet, wo er sich gerade Beschleunigung der Wiederaufnahme der Arbeit um die Freilassung der übrigen Verhafteten bemüht. So stellt man im neuen deutschen Reich die Ruhe und Ordnung her.

Die Verhaftungen im Vollzugsrat.

Bei der Besetzung der Räume des Vollzugsrates durch Kriminalbeamte und Sicherheitswache wurden die Genossen Bahls, Schmidt, Rosenberg und Wolff verhaftet und im Lastauto, nachdem die Räume militärisch besetzt waren, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Vor dem Hause des Vollzugsrates waren die Genossen Neumann, Kraus, Pfaffenhäger und Gentel ebenfalls festgenommen und auch nach dem Polizeipräsidium transportiert worden.

Auch die Spiegelwirtschaft steht in voller Blüte. Zur Beschaffung von gesuchten Personen wird eine fleißige Tätigkeit entfaltet. Wir möchten die Genossen daher warnen, sich nach Orten oder Wohnungen von Verhafteten oder Gesuchten zu begeben.

Die brutalen Maßnahmen der Regierung, die willkürlichen Verhaftungen werden das Gegenteil von dem zur Folge haben, was die Nachhader, die mit denselben Mitteln arbeiten, wie die wilhelminische Regierung kurz vor ihrem Sturze, erreichen wollen. Wir protestieren gegen diese ungeschicklichen Gewaltakte, gegen die gemeine Behandlung von politischen Gefangenen, gegen das unerhörte planlose Wüten der Reaktion.

Die Genossen Bahls, Schmidt, Rosenberg und Wolff wurden am gestrigen Abend wieder freigelassen.

Gemütvoll.

Unter den in diesen Tagen der Willkür Verhafteten befindet sich auch der Genosse Pfaffenhäger. Pfaffenhäger ist Angehöriger des Metallarbeiterverbandes, gehört aber weder der Fünfkocher-Kommission noch einer anderen Arbeiterorganisation an. Er wurde am Donnerstag Nachmittag in der Nähe des Bureaus des Vollzugsrates auf der Straße verhaftet, während — und weil er in einem Gespräch mit dem Genossen Neumann getroffen wurde. Diese Unterhaltung mit Neumann ist sein „Verbrechen“, ist der einzige Grund zur Verhaftung.

Für Pfaffenhäger persönlich war die Verhaftung besonders schmerzhaft, weil am Freitag seine verstorbenen Mutter beerdigt werden sollte. Seine Freunde machten dem Polizeipräsidenten Eugen Ernst persönlich Vorstellungen. Sie teilten ihm die Situation mit, in der sich der vom Tode seiner Mutter schmerzhaft getroffene Genosse Pfaffenhäger befand, und machten ihn darauf aufmerksam, daß Pfaffenhäger sich keinerlei Vergehen — soweit überhaupt bei dem Verhafteten von Vergehen die Rede sein kann — schuldig gemacht habe. Eugen Ernst ließ sich jedoch nicht bewegen, die Verhaftung aufzugeben.

Den Freunden Pfaffenhägers gelang es, die Beerdigung seiner Mutter auf Sonnabend zu beschleunigen. Sie bemühten sich

sonders ungünstig gewirkt habe. Nachdem dort Ruhe und Ordnung wieder eingeleitet sei, könne die preussische Regierung nicht mehr länger zögern, die Wahlen abhalten zu lassen. Dadurch sei auch den Interessen der polnischen Elemente Rechnung getragen, die gerade unter dem ärmeren Volksteile zu finden seien. Es sei jede Gewähr gegeben, daß die Wahlen in voller Freiheit zur Durchführung gelangen. Der Friedensvertrag enthalte keinen Hindernisgrund.

Verbrechen über Verbrechen.

Von Rud. Breitscheid.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat am Donnerstag die Höfen der großen Politik verlassen und sich in die breiten Gefilde technischer Erörterungen über die U-Bootwaaffe und den U-Bootkrieg begeben. Mit dem Thema, aus welchem Grunde die Friedensmöglichkeiten an der Wende des Jahres 1916 gescheitert sind, steht diese Diskussion nur in einem verhältnismäßig losen Zusammenhang; aber sie ist doch insofern wertvoll, als sie die Frage beantwortet, auf welche Voraussetzungen denn die Marine und die Oberste Seeresleitung die Ueberzeugung stützten, England könne in etwa einem halben Jahre bezwungen werden.

Wir sagen „bezwungen werden“, sowohl der Admiralstab sich recht mit Bewußtheit anderer Wendungen bedient. Sein Vertreter wählt Worte, wie „mürbe machen“ und „friedensbereit machen“ und will damit den Eindruck erwecken, als habe man mit einer eigentlichen Niederwerfung des Gegners niemals gerechnet. Doch das ist Wortspielerei, denn gerade die Behandlung der Wilsonschen Bemühungen beweist am besten, daß unsere Dichtwörter einen Verständigungsfrieden nicht wollten und vom rückwärtslofen U-Bootkrieg einen Siegfrieden erhofften. Es wird mit den weniger prägnanten Ausdrücken gearbeitet, weil man durch den Hinweis auf die bescheidenere Zielsetzung den Mißerfolg geringert erscheinen lassen will, und weil sich ferner auf diesem Wege am Ende sogar die Möglichkeit ergibt, ihn überhaupt zu leugnen.

Dieses bewundernswürdige Kunststück hat gestern der Admiralstab noch fertiggebracht. Während Bethmann sich vor einigen Tagen vorsichtig auf die Andeutung beschränkte, daß eine spätere Zeit die politische Wirkung des verstärkten U-Bootkrieges vielleicht weniger skeptisch beurteilen werde als die Gegenwart, behauptet Herr Koch läßt, wie die Seeleute nun einmal sind, daß das Ziel, das sich der Admiralstab gesetzt habe, erreicht worden sei. England sei tatsächlich Mitte 1917 mürbe und friedensbereit gewesen, und nur das Bekanntwerden der pessimistischen Note des Grafen Czernin habe im Zusammenhang mit der Friedensresolution des Reichstags die Entente zu weiterem Durchhalten angefeuert. Der Auszug ins Politische, den der Admiral unternimmt, führt von der Linie ab, die seine Aussagen hätten innehalten müssen. Er gehört zu den immer wieder erkennbaren Versuchen der als Zeugen und Sachverständige auftretenden Repräsentanten des alten Systems, die Anhänger des vorzeitigen Friedens“ zu diskreditieren. Aber da die Verhandlungsleitung ihnen die Gelegenheit zu solchen Ausfällen gern gewährt, müssen wir uns mit ihnen abfinden und möchten in diesem Falle nur gern die Frage beantwortet wissen, wie es denn gekommen ist, daß nach dem Juli 1917 der U-Bootkrieg so ganz und gar verlagert hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hat er England angeblich schon an den Rand der Friedensbereitschaft gebracht; warum hat er, da der Krieg weitergeführt wurde, in den folgenden anderthalb Jahren sein Werk nicht vollendet?

Ein Vertreter des Kriegsministeriums unterstützt die Auffassung des Admirals Koch mit der Erzählung von einem aufgefangenen englischen Funkpruch, in dem von der wachsenden Lebensmittellage Großbritanniens durch die Torpedierung zahlreicher Schiffe erdwert war, unterliegt keinem Zweifel. Indessen dürfte es doch auch den Herren Offizieren bekannt sein, daß niemals, auch nicht im Juli 1917, drüben eine Zwangsrationierung des Brotes stattgefunden hat. Das Fett war ein wenig knapper, und es fehlte auch sonst vielleicht an diesem und jenem; alles in allem standen die englischen Ernährungsverhältnisse jedoch himmelhoch über den deutschen, und bis zur Hungerkapitulation war noch ein unendlich weiter Weg.

Nun sucht es heute die Marine so darzustellen, als ob die berühmten sechs Monate nicht den äußersten Termin für den Erfolg bedeuteten hätten, sondern als ob sie sich von vornherein darüber klar gewesen sei, daß, wenn innerhalb dieses Zeitraumes die vorausgelagte Wirkung ausbleibe, das ganze Unternehmen aussichtslos geworden sei. Eine famole Ausrede! Nur läßt sie zweierlei unklar. Einmal, warum die Regierung nicht vom Juli 1917 ab alles getan hat, um vor der vollendeten Katastrophe zu einem Frieden zu gelangen, und ferner, warum der U-Bootkrieg technisch nicht besser vorbereitet worden ist.

Der als sachverständiger Reuge vernommene demokratische Abgeordnete Strube hat gestern an der Hand eines großen Zahlenmaterials den Nachweis erbracht, daß bei weitem nicht so viele Tauchboote gebaut worden sind, wie hätten gebaut werden können, daß man also die Waffe, mit der man binnen kurzer Frist zu siegen hoffte, nicht einmal genügend geschärft hat. Zu den übrigen Ungeheuerlichkeiten kommt also auch noch die einer unerhörten Reichsfeindlichkeit, und sie wird wahrhaftig dadurch nicht gemildert, daß Herr von Capelle als Staatssekretär der Marine dem Reichstag und wahrscheinlich auch dem Reichskanzler, gelinde gesagt, irreführende Angaben über das vorhandene Material machte.

Herr von Capelle wird in der nächsten Sitzung Gelegenheit haben, sich noch ausführlicher zu diesem Punkte zu äußern. Was er bisher vortrug, war ein hilfloses Gestammel, aus dem sich nicht entnehmen läßt, ob er selbst unzureichend informiert war, oder ob er es für ungewöhnlich und überflüssig hielt, der Volksvertretung reinen Wein einzuschütten. Wie dem aber auch sei, das eine steht heute schon fest: Nicht nur sind die politischen Rückwärtsleichten den militärischen geopfert worden, nein, die Seeresleitung war auch nicht einmal für das Spiel gerüstet, das sie freventlich begann. Der Friede wurde sabotiert, ohne daß auch nur die Mittel zur Verfügung gestanden hätten, den Frieden mit Aussicht auf Erfolg zu einem siegreichen Ende zu führen. Verbrechen über Verbrechen!

Es ist dieser Verordnung sich abgespielt haben, für die also diese Verordnung in keiner Weise als Rechtfertigung herangezogen werden kann. Wer die Verhaftung von Streikleitern anordnete, kann sich nicht im Zweifel darüber befinden, daß sie von den Arbeitern als provokatorische Maßnahme empfunden werden muß, und daß sie Klarheit darüber schafft, daß sie sich letzten Endes gegen den wirtschaftlichen Streik der Metallarbeiter richten.

Eine noch brutalere Vergewaltigung der angeblich von der Regierung gebüherten Rechtsgrundsätze ist die Auflösung des Vollzugsrats. Koske begründet sie mit der Behauptung, daß der Vollzugsrat seine „durch die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu benutzt habe, um Unruhen und Zwiespalt in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen“. Wenn die Erreger von Unruhen und Zwiespalt bekämpft werden sollen, so muß Herr Koske zunächst damit bei sich, bei seinen Freunden und bei seinen militärischen Einrichtungen anfangen. Es ist aber auch unwahr, daß der Vollzugsrat eine durch die bestehende Verfassung nicht begründete Stellung einnehme. Der Vollzugsrat ist eine aus dem Willen der Masse hervorgegangene Vereinigung zur Wahrung ihrer Interessen. Dieser Zusammenschluß zu Vereinen ist ein bisher noch unantastbares Recht. In welcher Form und unter welchem Namen er erfolgt, ist durchaus gleichgültig. Die Auflösung des Vollzugsrats ist deshalb ein Angriff auf das Koalitionsrecht, den die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. Der Schlag, der sich heute gegen den Vollzugsrat wendet, der kann sich morgen gegen irgendeine andere Vereinigung wenden, kann einen politischen Verein genau so gut treffen, wie eine Gewerkschaft.

Aber auch der andere Vorwand, aus dem der Vollzugsrat angeblich verboten ist, hält keiner Kritik stand. Der Aufruf, der den regierenden Herren nicht gefallen hat, ist nicht nur vom Vollzugsrat unterschrieben, sondern u. a. auch von der Metallarbeiterorganisation und der Unabhängigen Partei. Ist der Aufruf eine strafbare Tat, die mit der Auflösung der Körperschaften geahndet werden muß, so müßte diese Auflösung alle unterzeichnenden Organisationen treffen. Da das nicht geschehen ist, da nur der Vollzugsrat aufgelöst wird, ist ganz klar, daß man diese Gelegenheit benutzen wollte, um den verhassten Gegner endlich loszuwerden.

Nachträglich werden alle diese Maßnahmen in einer Flut von Verleumdungen zu rechtfertigen versucht. Aber alle diese Behauptungen sind unwahr, keine amtliche Stelle wird den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen antreten können.

Inzwischen haben die Verhaftungen der Streikleitung und der offensichtliche Versuch, damit die Metallarbeiterbewegung zu schädigen, große Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Eine Erregung, die auch die rechtssozialistischen Arbeiter ergriffen hat, da sie an diesen Verhaftungen die wahren Absichten der militärischen und politischen Stellen erkannt haben. Nun soll eingelenkt werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist darauf hin, daß die gegen die Unterzeichner des Aufrufs veranlassenen Verhaftungen nur als vorbeugende Maßnahme aufzufassen seien, und daß für den Fall, daß der Generalstreik nicht mehr in Frage käme, die Gründe für die Verhaftungen fortzufallen würden. Die offiziellen „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“ bestätigen diese Meldung. Die Unwahrheit dieser Angaben liegt aber auf der Hand. Denn die Verhaftungen sind alle erst erfolgt, als ganz unabweisbar feststand, daß die Arbeiterschaft, und insbesondere die den Aufruf unterzeichnenden Körperschaften, von der Erklärung des Generalstreiks Abstand genommen hatten. Diese nachträgliche Verschönerung der wahren Motive wird also kaum irgend welchen Eindruck machen.

Die Rücksichtslosigkeit aber, mit der gegen die Arbeiterschaft vorgegangen worden ist, und die in auffallendem Gegensatz steht zu der Milde, mit der widerspenstige Unternehmer oder Agrarier behandelt werden, hat ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlt. Die rechtssozialistischen Arbeiter fühlen, daß sie von ihren Führern verkauft worden sind. Sie erkennen, daß der Streik gegen ihre wirtschaftlichen Bestrebungen gerichtet war, und begreifen, daß die durch ihre Führer getrimmte Einigkeit die Voraussetzung für den Erfolg ihres Kampfes ist.

Als ein Mittel, den Spalt in der Arbeiterklasse zu vergrößern, und sie dadurch kampfunfähig zu machen, sind deshalb die Maßnahmen der Staatsgewalt unwirksam gewesen. Sie haben ebensowenig erreicht, daß sich die Arbeiterschaft zu Sandlungen veranlassen ließ, die ihren Interessen nicht entsprachen, und auf die gewisse Kreise gewartet haben, um ihre Absichten zu verwirklichen.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitete gestern folgende Meldung:

Die Freiheit veröffentlicht in der heutigen Nummer innerhalb des Artikels „Die harte Faust“ einen vom General Eitwisch unterschriebenen Befehl des Reichswehrgruppenkommandos 1. monat besondere Maßnahmen zu einer sofortigen Mobilisierung der „Technischen Rothliffe“ angeordnet werden. Dieser Befehl ist, wie das Reichswehrgruppenkommando 1 mitteilt, niemals ergangen. Es handelt sich um eine glatte Fälschung.

Selten ist mit so großer Frechheit gelogen worden, wie in diesem Fall. Die amtlichen Stellen täuschen sich, wenn sie glauben, aus der Tatsache, daß wir die genauen Klennzeichen dieses Schreibens fortgelassen haben, schließen zu dürfen, daß uns dieses Schreiben nicht vorgelegen hat. Wir sind im Besitz des miteigenhändigen Unterschrifts und sonstigen Bemerkungen versehenen Schreibens. Die Ableugnung einer Existenz ist der unwiderlegliche Beweis, daß die militärischen Stellen sehr enttäuscht darüber sind, daß ihre Hoffnungen, nun endlich mit allen ihren Nachtmitteln eingreifen zu können, zu schanden geworden sind.

Um die Gemeindewahlen in Oberhesseln.

Auf die Anfrage des Oberhesseln Rates wegen der oberhesseln Gemeinderatswahlen ist in Paris eine Antwortnote der deutschen Regierung überreicht worden. Es heißt darin, daß unter dem alten Dreiklassenwahlrecht die bestehenden Klaffenwahlrecht worden seien und, was in Oberhesseln be-

Erstern abermals um seine Entlastung, bis zum Abend jedoch wieder vergebens.

Die Gegenrevolution, als deren williger Diener der gemüthvolle Eugen Ernst sich hier bezeugt, verfolgt die unbedeutenden Personen mit solchem Haß — wirklich ohne jede Sentimentalität.

Gegen die Revolutionsfeier der Kommunisten.

Die kommunistische Partei Groß-Berlin hatte zur Feier des gestrigen Tages, des zweiten Jahrestages der russischen Revolution, Versammlungen nach verschiedenen Plätzen Groß-Berlins einberufen. Gegen sämtliche Versammlungen, die stark unter dem schlechten Wetter litten, wurden Reichswehrkommandos und die grüne Berliner Sicherheitspolizei in großen Scharen mobil gemacht. Was an die Färbung mit Handgranaten und Flammenwerfern bewaffnet, rückten die Truppen gegen die waffenlosen Teilnehmer an den Demonstrationen vor, um die Versammlungen zu sprengen. Die Versammlungsteilnehmer aber ließen sich nirgends provozieren und gingen im allgemeinen ruhig auseinander.

Der Streik der Metallarbeiter.

Achtung! Metallarbeiter.

Nachstehende Resolution wurde in der gestrigen Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter mit über 4000 gegen 20 Stimmen angenommen:

„Alle sich im Sympathiestreik befindenden Kollegen werden von ihrer Streikpflicht entbunden.“

Die Fünfzähler-Kommission erhält einen Auftrag, alle zur Entlastung der Verhafteten notwendigen Schritte zu unternehmen.

Die Fünfzähler-Kommission erhält ferner den Auftrag, bei jeder weise Urabstimmung zur Ausnahme der Arbeit oder Fortführung des Streiks vorzugehen, das Gesamtergebnis der Urabstimmung, d. h. der betriebsweisen Abstimmung ist maßgebend für alle Streikenden und Ausgesperrten.

Die Arbeit soll unter keinen Umständen aufgenommen werden, ehe nicht die Verhafteten entlassen sind.

Die Fünfzähler-Kommission ist beauftragt, falls durch die Urabstimmung die Arbeitsaufnahme beschlossen wird, dieses durch die Presse bekannt zu geben.“

Wie ersuchen die Streikenden, in dem von der Generalversammlung beschlossenen Sinne zu verfahren. In keinem Betriebe darf die Arbeit früher aufgenommen werden, als dies die Fünfzähler-Kommission nach vollzogener Urabstimmung bekannt gibt. Nur den noch Montag, den 3. November, in den Sympathiestreik eingetretenen Metallarbeitern steht es frei, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Die Fünfzähler-Kommission. Das Metallartell.

Die Generalversammlung.

Gestern lagte in der Brauerei, Fildischstraße 2 die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter, um zu der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen.

Der Vollmächtigste Rusch gab einen ausführlichen Bericht über die von der letzten Generalversammlung beschlossene Fortführung des Kampfes. Die Fünfzähler-Kommission hatte sich in Ausführung des von der Generalversammlung gefassten Beschlusses an den Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission, den Vollzugsrat Groß-Berlin und die Vorstände der U. S. V., R. P. D. und S. P. D. gewandt, am Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten und über die zu treffenden Entscheidungen gemeinsam zu beraten. Der Parteivorstand der S. P. D. teilte auf telefonische Anfrage mit, daß er nicht geteilt sei, sich an den weiteren Beratungen zu beteiligen, da durch die Forderung der Unternehmer die Rechte der Arbeiter als gesichert gelten können. Alle noch strittigen Fragen seien rein gewerkschaftlicher Natur und daher von den Gewerkschaften selbst zu erledigen.

Die übrigen eingeladenen Parteien und Körperschaften waren dem Rufe gefolgt. In dieser gemeinsamen Sitzung wurde ein Aktions-Ausschuss und ein Redaktions-Komitee gewählt, die alle Vorbereitungen zu dem evtl. einsetzenden Generalstreik zu treffen hatten. Der Vorsitzende der Berliner Gewerkschafts-Kommission teilte mit, daß am Mittwochabend eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission zu der Frage des Generalstreiks Stellung nehmen werde.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission lehnte die Proklamierung des Generalstreiks mit 63 gegen 63 Stimmen ab. Der Aktions-Ausschuss beschloß in dieser Situation von der Proklamierung des Generalstreiks abzusehen und wurden auch alle bereits getroffenen Maßnahmen rückgängig gemacht.

Die Fünfzähler-Kommission hatte sich mit der neuen Situation zu beschäftigen und beschloß einstimmig, der Generalversammlung zu empfehlen, die durch den Generalversammlungsbeschluss in den Sympathiestreik getretenen Berliner Metallarbeiter von ihrer Streikpflicht zu entbinden. Weiter empfiehlt die Fünfzähler-Kommission der Generalversammlung, die noch kämpfenden 100 000 Metallarbeiter durch eine Urabstimmung, die betriebsweise vorzunehmen ist, die Entscheidung über Fortbruch oder Fortführung des Streiks selbst zu überlassen. Diese betriebsweise vorzunehmenden Abstimmungen müßten unter Beizug eines Mitgliedes der Verwaltung des Betriebes vor sich gehen und ist das genaue Abstimmungsergebnis sofort der Fünfzähler-Kommission mitzuteilen. Das Gesamtergebnis der vorgenommenen Abstimmungen muß von der Verwaltung zusammengestellt und veröffentlicht werden. Das so zusammengestellte Abstimmungsergebnis ist bindend für die streikenden Kollegen aller Betriebe.

Kollege Rusch empfiehlt am Schluß seiner Ausführungen dringend die Generalversammlung möge den von der Fünfzähler-Kommission eingenommenen Standpunkt sich zu eigen machen. Ein Mitglied des Vollzugsrats gab folgende Erklärung ab:

„Die Nr. 538 der ‚Freiheit‘ vom 6. 11. enthält unter der Epitheta: ‚Verrat der Rechtssozialisten. Der Generalstreik abgelehnt.‘ einen Aufsatz an die Arbeiter und Angehörigen, in dem die Arbeiterklasse unter Verletzung des Beschlusses der Gewerkschafts-Kommission aufgefordert wird, nicht in den Generalstreik zu treten. Dieser Aufsatz trägt neben der Unterschrift der Fünfzähler-Kommission, des Metallartells, des Bezirksverbandes der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Berlin-Brandenburg auch die des Vollzugsrats der Arbeiterklasse Groß-Berlin.“

Kollege erklärt der Vollzugsrat: Diese Unterschrift ist nur von einem Mitglied des Vollzugsrats, dem Genossen Stoll, ohne Rücksicht auf Zustimmung der anderen Mitglieder des Vollzugsrats gefolgt worden. Diese verurteilen die Unterschrift als schändlich und erklären, daß der Vollzugsrat die Pflicht hat, den Generalstreikbeschluss der Vollversammlung vom 4. November unbedingt durchzuführen.“

Der Vollzugsrat fordert die Arbeiterklasse auf, trotz aller brutalen Gewaltmaßnahmen an der Durchführung der Arbeiterklasse festzuhalten und sich an Aufrechterhaltung des revolutionären Kampfes nicht irre machen zu lassen.“

Nach lebhafter Debatte nahm die Generalversammlung die von der Fünfzähler-Kommission eingebrachte Resolution an. Danach sind die Kollegen, die nach dem am Montag von der Generalversammlung gefassten Beschlusse in den Sympathiestreik getreten waren, von ihrer Streikpflicht entbunden und befreit, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Alle anderen Kollegen, die vor der Ausübung des Sympathiestreiks bereits im Streik waren, müssen, wie oben erwähnt, das Resultat der vorzunehmenden Urabstimmung abwarten. Nach dem Beschluß der Generalversammlung ist die Arbeit, falls die Urabstimmung die Wiederaufnahme der Arbeit erlaubt, erst dann aufzunehmen, wenn alle Inhabereien wieder freigegeben sind. Eine heute vormittag um 10 Uhr stattfindende Konferenz der Obleute der Streikenden wird sich gemeinsam mit der Verwaltung über die Art der vorzunehmenden Urabstimmung verständigen.

Ankündigungen.

Achtung! Obleute der Streikenden sowie Mitglieder der erweiterten Verwaltung.

Im großen Saale der Sophienstraße findet heute vormittag 9½ Uhr eine gemeinsame Sitzung statt. In dieser Konferenz wird über die von der Generalversammlung beschlossene Urabstimmung beireißig Beratung des Streiks beraten werden.

Die Fünfzähler-Kommission. Das Metallartell.

Achtung! Eisenkongern!

Siemens und Halske, Kleinbau. Heute mittag 12 Uhr Betriebsversammlung in der ‚Krone‘, Alt-Moabit 48.

Siemens-Schubert-Werk, Frankfurterstraße. Heute vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinstraße.

Siemens Kabel- und Metallwerk. Heute vormittag 11 Uhr Betriebsversammlung bei Bahnhalle.

Siemens Autowerk und Bahnhalle. Betriebsversammlung um 9½ Uhr. Vertrauensleute um 9 Uhr, einschließlich Auszahlung bei Haus, Herbststraße.

Siemens & Halske, Glühlampen. Heute nachmittag 2 Uhr Betriebsversammlung im Moabit Stadttheater, Alt-Moabit 48.

Eisenformer und Verfügenssen. Heute vormittag 10 Uhr Branchenversammlung in den Pharusgärten, Müllerstraße 142.

Akkumulatorenwerk, Oberschöneweide. Gesamtes Kongern. Heute, Sonnabend, nachmittag 2 Uhr, Betriebsversammlung in der Schulaula, Fildischstraße.

Achtung! Mitglieder im Streik befindlichen Kollegen des Maschinen- und Holzerverbands Bezirk Oberschöneweide und Stempelstraße 27 Sonnabend vormittag 10 Uhr: Außerordentliche Streikerversammlung. Jeder Kollege muß erscheinen.

Stadt, Marienfelde. Heute nachmittag 2 Uhr Funktionärssitzung Tempelhofer Ufer 4 bei Saarn.

Montag vormittag 9 Uhr Betriebsversammlung. Christ & Gräß. Betriebsversammlung heute nachmittag 2 Uhr in Brauns Gasse, Kottbus, Tempelhof.

Brandel & Levy. Sonnabend vormittag findet die Auszahlung im Strohof von 12—2 Uhr statt.

H. S. Eudze & Co., Ritterstr. 12. Heute Sonnabend mittag 1 Uhr Betriebsversammlung bei Giesing, Wassertrichterstraße.

Siemens & Halske, Blechwerk. Sonnabend früh 10 Uhr Betriebsversammlung im Sportpark (Jungfernheide). Dasselbst Auszahlung der Streikunterstützung.

Hüttenwerk H. Meyer, Tempelhofer. Sonnabend 1 Uhr bei Spielber, Tempelhofer, Berliner Str. 77. Betriebsversammlung.

Siemens & Halske, Glühlampenwerk. Sonnabend nachmittag 2 Uhr Betriebsversammlung in der ‚Krone‘, Alt-Moabit.

Beermann, Tempelhof. Sonnabend nachm. 2 Uhr wichtige Betriebsversammlung in der Reutbahn.

Trägerlager-Gemeinschaft Tempelhof. Sonnabend Kontrollarten im Strohof abholen.

H. C. W. Turbine. Betriebsversammlung am 8. 11. 10 nachmittag 1 Uhr in Rosengarten, Blöhenke.

Schwarzkopfabbeiter Wildau. H. W. H. W. Auszahlung der Unterstützung für Berlin, Veröbnungsfallen, Grünauer Str. 15 Montag von 12—3 Uhr. Für Wildau im Casino Wildau Dienstag von 9—12 Uhr.

Stadt, Motorflur, Berlin und Niederschöneweide und angeschlossene Betriebe, Betriebsversammlung Sonnabend vormittag 11 Uhr Gewerkschaftshaus, Soal 4. Dittungen unterzeichnen.

G. W. Herzog und Sendlinger. Heute Sonnabend vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung im Schloßpark, Steglitz. Nach der Versammlung Auszahlung der Streikunterstützung.

R. A. G. Sonnabend vormittag 11 Uhr Betriebsversammlung in der Schulaula Gemeindefschule Fildischstraße. Um 11½ Uhr ebenfalls Funktionärskonferenz.

A. W. G. Oberhöfenstraße. Sonnabend vorm. von 10—2 Uhr Auszahlung der Streikgelder in den bekannten Lokalen.

Bergmann Berlin. Sonnabend haben sich die Kollegen in ihren Versammlungslökalen zur üblichen Zeit einzufinden zwecks Unterschreiben der Dittungen.

Samsamerl. Montag früh 10 Uhr Betriebsversammlung Odd-Kellow-Lozen. Nachdem Auszahlung der Streikunterstützung. Sämtliche Funktionäre treffen sich Sonnabend mittag 12 Uhr bei Keller, Hellmannstr. 17.

Dynamometer Siemens-Schubert. Heute Sonnabend früh 8 Uhr Betriebsversammlung im Stadtverl. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung bis 2 Uhr.

Firma Feil Werner H. W. Marienfelde. Montag 9 Uhr Funktionärssitzung um 11 Uhr Betriebsversammlung, anschließend Auszahlung.

Firma J. Bittsch, Indreststraße 71-73. Sonnabend früh 1½ Uhr Aufnahme der Arbeit.

Perriagut, Tempelhof. Sonnabend nachmittag 2 Uhr Betriebsversammlung aller Streikenden.

Oesterreichs Anschluß an die Westmächte.

Paris, 7. November.

Der Präsident der Oesterreichischen Delegation übergab am Mittwochabend dem Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutoits die Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages von St. Germain und einen Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz, welcher besagt, daß Oesterreich seine Zustimmung zu den Bestimmungen des von den Mächten im Friedensvertrag festgesetzter Grundgesetze angeht habe. — Oesterreich habe dadurch seine äußere Politik den Ansichten der Großmächte untergeordnet und vertraue vollständig auf ihren Schutz.

Englische Kriegskosten in Rußland.

Amsterd., 6. November.

Einem von der britischen Regierung veröffentlichten Weißbuch zufolge betragen die Kosten für die britische Unterstützung der Operationen zu Lande und zu Wasser in Rußland seit dem Waffenstillstand 79 880 000 Pfund Sterling.

Preßstimmen zu Haases Tode.

Die Mehrzahl der Berliner Blätter begleitet den Tod des Genossen Haase in ihren gestrigen Abendausgaben mit ausführlichen Kommentaren. Wir geben in folgendem die bemerkenswertesten Stellen daraus wieder:

„Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Auch die politischen Feinde Haases haben stets anerkannt, daß das, was ihn zu seiner radikal gezielten Politik veranlaßte, eine ehrliche Ueberzeugung gewesen ist. Eine ungewöhnliche Arbeitskraft hat den Königsberger Rechtsanwalt allmählich in der Partei auf den führenden Posten geschoben. Zu ihr gesellte sich eine scharfe Beobachtungsgabe und ihr entsprechend eine ungewöhnliche Fähigkeit, den Gegner dort zu packen, wo sich Angriffspunkte boten. Manches scharfe Wort und wohl auch mancher Angriff, der mehr dem Agitationsbedürfnis diente als der Sache, hat auch in den Reden Haases nicht gefehlt. Immerhin erkannte man an, daß das, was er tat und sagte, dem ehrlichen, inneren Empfinden entsprach, und daß es Haase in erster Linie stets darum zu tun war, der Sache, die er vertrat, zu dienen. Deshalb wird auch heute in allen Parteien das Gefühl des Bedauerns darüber überwiegen, daß dieser Mann, dessen Wert auch der Gegner anerkannte, der unglückigen Tat eines Geistesgefährten zum Opfer fallen mußte, der noch dazu der eigenen Partei des Toten angehörte. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie verlor jedoch in Haase eine ihrer besten, tüchtigsten und angesehensten Kräfte.

„Berliner Tageblatt“:

Haase wurde nun immer weiter nach links getrieben. Aus der Opposition kam er schließlich dazu, bewußt auf die Revolution hinzuarbeiten. Der erste Marsoffputsch 1917 schlug fehl. Die große Streikbewegung im Januar darauf bedrückte. Enge Beziehungen verknüpften ihn mit Joffe, dem Berliner Vorkämpfer des russischen Bolschewismus. Am 9. November 1918 trat er in den revolutionären Rat der Volksbeauftragten. Ein kluger, kritischer Mensch, aber kein handelnder Politiker. Ein Hamlet des Kritizismus. So mußte er schließlich mit Dittmann und Barth aus dem Räte ausschließen, weil eine positive, wieder aufbauende Arbeit mit den Ebert und Schöbermann und Landberg seinem ganzen Wesen nicht lag. Während andere, wie Ledebour, Fischhorn und Barth, noch weiter nach links rückten und offen die Diktatur des Proletariats durch eine neue Revolution erzwingen wollten, blieb er, überlegend, auf halbem Wege stehen. Er konzidierte der äußersten Linken, den Kommunisten, die Räte, aber die Räte sollten als politische Organe neben dem Parlament wirken. Auch mit dem linken Flügel der Unabhängigen, mit den Däumig und Ledebour, geriet er auf dem Parteitag der Unabhängigen im Frühling 1919 auseinander. So wurde er allmählich beinahe zum „Nationalliberalen“ der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Haase ist der Partei durch ein abscheuliches Verbrechen gestanden worden. Wir haben oft in heftiger Rede mit ihm gestritten. Aber niemals haben wir verkannt, daß Haase ein lauteher und menschlich reiner Charakter gewesen ist, der in all seinem Radikalismus nur seiner Ueberzeugung folgte.

„Vorwärts“:

Jetzt, wo die Wunden des Bruderkampfes noch frisch bluten und wo man sogar den freilich völlig verunglückten Versuch gemacht hat, das tragische Schicksal Haases als einen agitatorischen Trumpf im Streit der Richtungen auszuspielen, fällt es uns schwer, einen völlig objektiven Standpunkt zum Wirken Hugo Haases einzunehmen. Sicher war er in jedem Stadium seines Lebenswerkes mit ehrlichem Eifer bestrebt, der Sache der Arbeiterklasse zu dienen, aber das hat ihn nach unserer Ueberzeugung nicht daran gehindert, in den letzten Jahren die verhängnisvollsten Wege einzuschlagen.

Dieses Verhängnis ist nicht so sehr dem radikalen Grundzug seines Wesens geschuldet, sondern vielmehr gerade umgekehrt seiner Kompromissnatur. Als Haase ausfuhrte, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu sein, wurde er Begründer einer Partei, die in der Mitte zwischen den grundsätzlichen Gegensätzen, die der Weltkrieg aufgeworfen hatte, hilflos stehen blieb. Ludwig Frank hatte ein Programm, und er ging hin und fiel bei Baccarat. Rosa Luxemburg hatte ein Programm, und sie fiel bei Mörderhand im Bürgerkrieg, den sie entzündet geholfen hatte. Hugo Haase dagegen stand zwischen beiden. Er akzeptierte weder das Programm der nationalen Verteidigung, noch den Gedanken der sozialen Weltrevolution, die sich im Anschluß an den Weltkrieg im Sturm über die ganze Erde wälzen sollte. Er war weder Sozialdemokrat in unserem Sinne, noch Kommunist, und die blöde Tat eines Menschen, der sich für seinen Anhänger zugleich und zugleich für seinen Gegner hielt, hat sein Leben mittelbar beendet. . . .

Alles in allem: Haase enthielt als Charakter und als Wegführung Werte in sich, die der Arbeiterklasse viele Jahre von großem Nutzen waren und ihr wieder zu großem Nutzen werden konnten. So konnten und schätzen wir ihn als den Mitvorsitzenden der einzigen Partei, und wir glauben nicht, daß er innerlich ein anderer werden konnte. Die unglückliche Spaltung hatte ihn auch zu einem unglücklichen Politiker gemacht. Sein politisches Talent, das sich im Nebeneinander der Kräfte bewährt hatte, reichte nicht aus zur Führung einer an politischen Talenten nicht reichen Partei. Haase hat es gut um die Sache der Arbeiterbewegung gemeint, aber er hinterläßt nichts als einen Haufen Verwirrung.

3 Schriften zur Frage der Internationale

ARTHUR CRISPIEN:

Zur Geschichte der Internationale.

Anhang: Literaturverzeichnis. Preis 1.50 M.

ALEXANDER STEIN:

Das Problem der Internationale.

Anhang: Beschlüsse und Richtlinien der 2. und 3. Internationale. Preis 1.50 M.

WALTER STOECKER:

Die proletarische Internationale.

Preis 1.— M.

Die Schriften gelangen aneben zur Ausgabe. Bestellungen richten man an die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“

Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10

Die Hajardeure des U-Bootkrieges.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

(Achter Tag, Freitag, den 8. November.)

Vorsitzender Warmuth eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Die Vernehmung des Admirals Koch wird fortgesetzt. Abg. Gothein: Der Herr Admiral hat gestern erklärt, er habe es bei Reventlow und Hippeler durchgesehen, daß sie in der Zeit von Weihnachten bis Januar 1917 nicht über den U-Bootkrieg schrieben. Sollten die feindlichen Mächte dadurch in eine gewisse Sicherheit gewiegt werden, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg nicht kommen würde?

Admiral Koch: Diese Absicht hat nicht vorgelegen. Die Einwirkung fand statt auf Veranlassung Zimmermanns. Ich sollte auf Reventlow einwirken, daß er in dieser Zeit nicht in zu scharfer Form für den U-Bootkrieg eintreten sollte. Das ist mir auch gelungen.

Auf Anfrage des Abg. Gothein erklärt Admiral Koch weiter, daß die Zensurbehörde bei der Obersten Seereschule und beim Oberkommando lag, die Zensur befand sich beim Admiralstab.

Abg. Gothein: Herr v. Capelle hatte die starken Verluste an U-Booten auf das schlechte Material und minderwertige Besatzung zurückgeführt. Nun sind nach dem Waffenstillstand beträchtliche Mengen von Sparmaterial und Edel-Eisenorten auf den Reichswerken in Wilhelmshaven und besonders in Kiel vorgefunden worden. Könnten diese Mengen nicht den Privatwerten für den U-Boothau zur Verfügung gestellt werden? Oder setzte man immer noch die Hoffnung auf eine zweite Seeschlacht?

Admiral Koch: Die Hoffnung, daß die Flotte noch eingesetzt werden sollte, hat der Admiralstab allerdings gehabt.

Abg. Gothein weist darauf hin, daß die Engländer früher schon zu erkennen gaben, daß sie sich lediglich auf einen Handelskrieg legen würden. Dagegen konnten nur U-Boote und schnelle Kreuzer eingesetzt werden, nicht aber Schlachtschiffe.

Admiral Koch: Wir haben gehofft, daß der Krieg noch einige Jahre hinausgeschoben würde. Wären wir gleich am ersten Tage so vorgegangen, so hätten wir nach meiner Ueberzeugung Erfolg gehabt.

Abg. Gothein: Auch bei einem Hinausschieben des Krieges wäre in England doch immer das Doppelte plus 10 Prozent gebaut worden. War die Geschwindigkeit unserer Schlachtschiffe nicht geringer als die der englischen und war die Tragweite unserer Geschütze nicht auch geringer? Bei Staggeral sollten unsere Geschütze zwei Kilometer länger geschossen haben. Die Zuden in unseren Tangern gefassten einen höheren Elevationswinkel nicht.

Admiral Koch: Unsere Geschütze waren an Tragweite nicht geringer, sondern die Raststellung zeigte Mängel. Unsere Schlachtschiffe waren den englischen an Geschwindigkeit unterlegen, an Kampfkraft aber ihnen zweifellos überlegen. Hätten wir noch einige Jahre Zeit gehabt, so hätten wir an die englische Küste herangehen können.

Ueber die Kampfkraft der Schlachtschiffe und die Tragweite der deutschen Geschütze entspinnt sich ein unwesentliches Nebengespräch.

Vorsitzender Warmuth: Nun bitte ich den Admiral Koch, an seine geistigen Ausführungen anzuknüpfen und sich darüber zu äußern, was die Marinebehörde zu der Auffassung berechtigt, daß ein am 1. Februar eingesehter rücksichtsloser U-Bootkrieg nach Ablauf von fünf Monaten etwa den Erfolg haben müßte, England zur Friedensbereitschaft zu zwingen.

Admiral Koch: Ich habe mich gestern über die Wirkung und die Aussichten des U-Bootkrieges hinsichtlich seiner Einwirkung auf das militärische und wirtschaftliche Leben Englands eingehend geäußert. Der erhoffte Erfolg des U-Bootkrieges ist nicht eingetreten, im rein militärischen Sinne sind die Erwartungen indessen übertroffen worden. Das Wort, England auf die Knie zu zwingen durch den U-Bootkrieg, ist an Admiralstab nicht geprägt worden. England mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß Deutschland länger durchhalten könne und wolle. Der U-Bootkrieg hat berechtigte Aussicht auf volle Wirkung und Erfolg, er

war kein Sabotagediel. Der einzige Fehler war, daß er nicht früher eingeseht hat.

Oberst v. Nery, als Vertreter des Kriegsministeriums: Minister David begreift, ob Summs wirklich die Realitäten klar gemeldet hat, oder ob er nicht aus politischen Gründen geführt hat. Dieser Zweifel ist durchaus berechtigt. Wir haben bei der Obersten Seereschule klare Anhaltspunkte über die gute Wirkung des U-Bootkrieges. Diese Mitteilungen sind aber in den Äkten benachlässigt und nicht so schnell aufgefunden.

Reichsminister Dr. David: Ich vermute, daß die englischen Autoritäten, wie Admiral Jellicoe, allen Grund hatten, die Wirkung des U-Bootkrieges in möglichst düsteren Farben zu schildern, um auf Amerika einen starken Druck auszuüben und es zu veranlassen, seine Hilfsmittel möglichst rasch der Entente zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Warmuth: Die Ausführungen des Ministers David geben dahin, ob nicht ein geschäftliche Ertragungen der Engländer vorliegen könnten, ob sie sich zum Frieden bereitfinden sollten oder nicht.

Admiral Koch: Das ist meine volle Ueberzeugung. Hätten wir dauernd geglaubt, daß wir die Engländer sind, daß wir mit allen Mitteln durchhalten wollen, so hätten wir unser Ziel erreicht.

Minister David: Haben die Engländer gesehen, daß wir durchhalten wollen?

Admiral Koch: Nein, sie haben vielmehr erfahren, daß unsere Bundesgenossen nicht mehr aushalten konnten dadurch, daß ihnen Berichte zugegangen, die für andere bestimmt waren. Das hat bewirkt, daß sie alles daran setzten, und manote zu machen, was ihnen auch gelungen ist.

Die Zahl der U-Boote. — Die versenkte Tonnage.

Abg. Gothein: Wieviel U-Boote waren in der Front? Welches sind die Versenkungsziffern? Wie hoch waren unsere Verluste?

Admiral Koch: In der Front waren im Februar 1917 103 U-Boote, im März 121, im April 124, im Mai 128, im Juni 130, im Juli 131, im August 132, im September 133 und im Oktober 134. Versenkt wurden im Februar 781 500 Tonnen, im März 885 000, im April 1 091 000, im Mai 869 000, im Juni 1 016 000, im Juli 611 000, im August 808 000, im September 872 000 und im Oktober 874 000. Unsere Verluste betragen im Februar 2, im März 6, im April 2, im Mai 7, im Juni 3, im Juli 7, im August 4, im September 9 und im Oktober 9 U-Boote.

Fregattenkapitän Bartenbach wird als Sachverständiger über technische Fragen vernommen.

Herr Warmuth fragt an, ob die Arbeiter absichtlich weniger gearbeitet hätten und ob Geheimnisse verraten worden sind?

Kapitän Bartenbach verneint beides.

Abg. Gothein: Wie steht es mit der Schätzung der versenkten Tonnage? War da der Phantasie nicht ein weiterer Spielraum gegeben? Die englischen Höfen bleiben hinter den Angaben unserer Kommandanten weit zurück, etwa um ein Drittel.

Kapitän Bartenbach: Wir haben das psychologische Moment, daß der Kommandant nicht mit zu wenig Erfolg heimkehren will, was vornherein ins Auge gefaßt. Wir konnten auch aus den feindlichen Rundsprüchen vielfach die versenkten Dampfer. Von der Schätzung des Kommandanten wurden 10 Prozent abgezogen; jeder unbekannt Dampfer wurde nur mit 1000 Tonnen berechnet. Dann wählte man auch, welche Dampfer ungefähr in den einzelnen Bezirken verkehrten.

Dr. Oelfferich: Noch englische Angaben wurden versenkt weit über 8 Millionen Tonnen, schätzungsweise über 7 Millionen Tonnen. Diese 15 bis 18 Millionen Tonnen gingen weit hinaus über das, was von uns als versenkt gemeldet wurde.

Admiral Koch: Unser Schätzungsverfahren war so zuverlässig, wie es nur der getoßenhafte Deutsche machen kann. Der Engländer hätte das nicht so getan.

Auf Anfrage des Abg. Cohn gibt dann Kapitän Barten-

bach Auskunft über die Art des Angriffs der U-Boote. Von Ende 1917 an konnte nur noch ohne Warnung mit Komplettschiff gearbeitet werden, weil jeder Dampfer sofort feuerte.

Abg. Dr. Singheimer: Wie erklären Sie sich trotz der ungeheuren Versenkungsziffern die Tatsache, daß England nicht niedergezwungen wurde?

Admiral Koch: Die Wirkung, die wir erreichen wollten, nämlich England müde zu machen, ist ja erreicht worden.

Abg. Dr. Singheimer: Wozu müde machen?

Admiral Koch: Zum Frieden gezwungen.

Abg. Dr. Singheimer: Zu welchem Frieden? Glauben Sie, daß England damals bereit gewesen wäre, in die Preisgabe Belgiens zugunsten Deutschlands zu billigen?

Admiral Koch: Es ist nicht meines Amtes, darauf zu antworten.

Vorsitzender Warmuth: Eine Annexion Belgiens war in Deutschland ja niemals in Erwägung gezogen!

Abg. Dr. Cohn: Annexion im Sinne des Einverleibungsgewiß nicht. Aber es gibt verführerische Annexionen.

Vorsitzender Warmuth: Wir wollen von den Zeugen keine Urteile, sondern Tatsachen hören.

Abg. Dr. Singheimer: Graf Tsernin soll durch seinen Bericht an den Kaiser von Oesterreich die Friedensgeneigtheit Englands gestört haben. Womit der Zeuge nicht, daß England auch ohne diesen Bericht über die Zustände in Oesterreich durch Tausende von Agenten unterrichtet war?

Admiral Koch: Das kann ich mir selbst vorstellen. Aber ein amtlicher Bericht des Ministers des Reichs an seinen Kaiser ist mehr wert als tausend Agenten.

Abg. Gothein: Ich beantrage, über die Differenzen zwischen den jetzigen Mitteilungen über Schand und Ausmaß der U-Bootwaffe und dem feierzeitlichen Hauptausdruck des Reichstages gemachten Angaben den Abg. S. rube als Zeugen zu hören.

Vorsitzender Warmuth: Was ist die Möglichkeit, Ende Januar an die ausgelassenen U-Boote die Weisung ergeben zu lassen, mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg noch nicht zu beginnen?

Admiral Koch: Den Rückzugsbefehl zu geben, war technisch natürlich möglich, eine Gewähr aber dafür, daß das Telegramm ankäme, bestand nicht, eine Empfangsbekanntmachung war ausgeschlossen. Wir wären sofort gelassen, die feindlichen Schiffe herauszulassen und unsere U-Boote zu gefährden.

Abg. Dr. Singheimer: Wieviel Zeit stand zur Verfügung, um die Boote funktionsfähig zu erreichen? (Admiral Koch: Ich schätze sechs bis sieben Tage.) Es waren damals nur 21 Boote nicht im Hafen, in der Zeit vom 20. Januar bis 7. Februar hätte man somit doch wohl alle U-Boote erreichen können.

Admiral Koch: Das kann ich nicht wissen. Wenn auch nur ein einziges Boot nicht erreicht worden wäre, so hätte doch von diesem schon mancher Dampfer abgegriffen werden können. Auf einem Boot war der Empfangsapparat überdies nicht in Ordnung. (Abg. Singheimer: Zufall.) Das hätte auch bei anderen sein können.

Abg. Dr. Singheimer: Bei einer so ungeheuer wichtigen Frage, die Friedensvermittlung war angenommen, durfte nicht verabsäumt werden, und man muß doch da den normalen Verlauf der Dinge annehmen.

Admiral Koch: Es blieb immer dasselbe Risiko.

Abg. Dr. Singheimer: Wir haben viel Glück im Kriege gehabt. Könnte für uns nicht auch einmal ein Glückszufall eintreten? (Allgemeines Gelächter.) Tatsächlich ist vom 7. Februar bis Mitte des Monats kein amerikanisches Schiff torpediert worden, das Glück wäre uns also hold gewesen.

Abg. Dr. Cohn: Könnte die Marine aus Reintagsnachrichten oder auf Grund von Vermutungen aufständischer Mannschaften sich ein Urteil über die Ernährungsverhältnisse in England bilden?

Fregattenkapitän Bartenbach: Ich habe sämtliche mir zugegangenen Pressenachrichten gelesen und auch die Meldungen der U-Bootkommandanten entgegengenommen. Das den Meldungen ging hervor, daß die Versorgung der englischen Schiffe immer geringer wurde, daß die Fischerboote keine Kartoffel, sondern nur noch Rüben an Bord hatten, und daß die Panwirtschaften über knappe Notionierung klagten.

Abg. Dr. Cohn: Haben Sie in den Blättern nicht auch gelesen, daß bei den Lebensmittelrationen mangels Käufer in England nicht alles abgesetzt werden konnte, oder haben Sie nicht die Inserate der Warenhäuser verfolgt, aus denen her-

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermnia Für Mühlen.

Eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit stand Jimmie bereits vor dem Postgebäude; Genosse Dr. Service erschien, und sie betraten das Haus, wo lechterer die Ration erlegte, und Jimmie ein Papier unterschreiben mußte. Nachdem dies geschehen war, gebot der grimme Doktor Jimmie, in sein Automobil zu steigen, und nun kam ein funkbares Gerüst; jetzt hatte Genosse Service Jimmie dort, wo er ihn hatte haben wollen, und dies mußte ordentlich ausgenüßt werden.

Sie waren so überzeugt, glaubten dem Krieg ein Ende zu machen, indem sie die Herstellung von Munition verhindern, wollten die Wornungen Älterer, erfahrener Leute nicht anhören. Und wohin sind Sie geraten? Mit einer Bande Brandstifter und Schurken zusammen, die von einem persönlichen Freund des Kaisers beschligt werden, sind Sie verhaftet worden!

Der arme Jimmie vermochte nichts zu seiner Verteidigung vorzubringen; er war ganz klein geworden. Er stammelte bloß, er habe keine bösen Absichten verfolgt, habe nur gegen den Munitionshandel agitiert, gegen dieses verbrecherische Unternehmen.

„Verbrecherisch?“ unterbrach ihn Dr. Service. „Verbrecherisch, wenn die Freiheit der Menschheit davon abhängt!“

„Wi—i—e?“ stotterte Jimmie, den diese Worte ein heller Wahnsinn durchdrangen.

Der andere erklärte: „Eine Nation, die ihre Nachbarvölker vernichten will, verwendet ihre ganze Arbeitskraft auf das Herstellen von Waffen und Munition. Die freien Völker der Welt folgen dem Beispiel, können dazu nicht überredet werden, weil sie nicht an den Krieg glauben, weil sie nicht glauben, ihr Nachbar wolle sie überfallen. Werden sie schließlich doch angegriffen, so besteht ihre einzige Rettung darin, auf offenen Märkten Verteidigungsmittel zu kaufen. Und Sie wollen sie dieses Rechtes berauben, sie verraten, unter die Fulse des Kriegungeheuers schleudern! Sie, der Sie sich ein Käufer für Recht nennen, werden das Werkzeug einer derartigen Verjährung! Sie nehmen deutsches Geld.“

„Ich habe nie deutsches Geld genommen!“ rief Jimmie hitzig.

„Hat Kumme Sie nicht bezahlt?“
„Ich habe für ihn gearbeitet, zehn Stunden am Tag.“
„Und dieser Jerry Coleman? Hat der Ihnen kein Geld gegeben?“

„Das war für Propagandazwecke — er war ein Agitator des proletarischen nationalen Friedens.“

Genosse Service fauchte: „Wie konnten Sie so dumm sein? Lesen Sie denn keine Zeitungen? Aber natürlich, Sie kennen bloß den deutschen Schwindler!“ Und der Doktor zog aus einem mit Zeitungsausschnitten vollgestopften Taschenbuch eine New-Yorker Zeitungsnote hervor, welche berichtete, die Regierung habe sich veranlaßt gesehen, gegen eine Organisation einzuschreiten, die sich „Proletarischer Nationaler Friedensrat“ nannte und Streik und Putsch herbeizurufen suchte. Der Begründer der Organisation ist eine unter dem Spitznamen „Der Wolf von Wall Street“ bekannte Person. Das Geld wurde von einem preußischen Offizier, Aktivist an der Deutschen Volkspartei, gegeben, der seine offizielle Immunität dazu verwendete, um in einem beskreunden Land Verjährungen und Unruhen anzuzetteln.

„So, was sagen Sie jetzt?“

Der arme Jimmie fand kein Wort; er sah böllig gerannt da. Nicht bloß der Lohn, den ihm Kumme am Sonnabend abend ausgezahlt, sondern auch die Zehndollarheine, die ihm Jerry Coleman in die Hand gedrückt hatte — stammten vom Kaiser! Die ganze radikale Bewegung war in die Hände des Kaisers geraten und Jimmie hatte seine Arbeit verloren.

Reantes Kapitel.

Jimmie Higgins kehrt zur Natur zurück.

I.
Kummes Fahrabhandlung wurde von Amis wegen geschlossen und die Ware versteigert. Jimmie Higgins betrachtete wehmütig diese Vorgänge und dachte, daß er, hätte er nicht sein ganzes Geld auf sozialistische Flugblätter ausgegeben, sondern gespart wie ein normaler Mensch, jetzt diesen Laden erwerben und im Leben vorwärts kommen könnte. Doch ach, diese Hoffnungen sind nichts für Jimmie! Er muß in dem Zustand verharren, der vom Präsidenten seines Landes als „industrielle Leibeigenschaft“ bezeichnet wird, muß zu eines anderen Mannes Profit arbeiten, von eines anderen Mannes Laune abhängen.

Er bekam eine Anstellung an der Eisenbahn, doch erlitten wenige Wochen später ein Draquillator, der eine Ge-

werkschaft gründen wollte. Jimmie trat selbstverständlich bei, wie hätte er anders können? Als er sich seinen Wochenlohn holte, fand er im Umschlag einen grünen Zettel, der ihm kundgab, die Atlantische Westliche Eisenbahngesellschaft benötige nicht länger seine Dienste. Erklärung gab es keine, und Jimmie forderte sie auch nicht — er kannte das amerikanische Lohnslavenystem, euphemistisch „industrielle Leibeigenschaft“ genannt.

Dann fand er Arbeit als Gehilfe eines Molkutfchers. Dies war die härteste Arbeit, die er je verrichtet, und sie fiel ihm noch schwerer, weil sein neuer Herr ein stumpfer, langweiliger Mensch war, mit dem man nicht über Politik oder den Krieg reden konnte. Jimmie übte sich in äußerster Unzufriedenheit, vielleicht tobte auch der Frühling in seinem Blut, jedenfalls studierte er eifrig seine Sonntagzeitung und entdeckte die Annonce eines Farmers, der nach einer „Gilfe“ suchte. Die Farm lag sechs Meilen von der Stadt entfernt, und Jimmie gedachte seines Spazierganges mit dem Kandidaten, da er an einem Sonntagnachmittag diese Strecke zurücklegte. Er verstand nichts von Landarbeit und gab dies auch ehrlich zu, doch hatten die Munitionsfabriken so viele Leute in die Stadt gelockt, daß der Farmer froh war, überhaupt einen Gehilfen zu bekommen. Ein Nachthaus wurde Jimmie überlassen, und am Montag morgen ließ Jimmie durch seinen früheren Arbeitgeber, den Molkutfcher, sein kleines Mobiliar fortzuschaffen, nahm Abschied von seinem Freund Meißner und lernte Kühe melken und den Pflug führen.

So kehrte Jimmie an den Busen der Mutter Natur zurück. Doch ach, er kehrte nicht zu ihr zurück, um als freier Mann Gesundheit und Freude, ein neues Leben zu finden; er kam als Erbsklave, um von Morgengrauen bis Abenddämmerung zu küssen, für einen Lohn, der kaum zum Leben genügte. Der Farmer war Herr über Jimmies Zeit, und Jimmie konnte ihn nicht leiden, weil er groß und geizig war, seine Pferde schand und seine Arbeiter schlaft behandelte. Jimmies ökonomische Bildung war zu gering, um ihn darüber zu belehren, daß auch John Custer ein Sklave sei, durch eine Hypothek in den Fesseln Aktion-Chalmers, des Direktors der Desviller Nationalbank, liege. John arbeitete genau wie Jimmie von morgens bis abends, und trug außerdem noch eine schwere Bürde der Angst und Sorgen, denn seine Frau war ein bleiches, hinfälliges Geschöpf, das ebensoviele Medizinflaschen kostete, wie die arme Frau Meißner.

(Fortsetzung folgt)

Borging, daß England noch genügend Lebensmittel frei ver-

kaufen?

Präsidentenkaplan Bartenbach: Gesehen habe ich diese An-

fragen, verfolgt habe ich sie nicht.

Herr Dr. Engelmer: Könnten die auf Station befindlichen

U-Boote nicht die anderen Sonachrichtigen?

Admiral Koch: Das wäre Zufall gewesen.

Conradin v. Bülow: Es handelte sich nicht darum, daß

keine amerikanischen Schiffe versenkt würden, sondern daß kein

amerikanischer Bürger verletzt würde oder seinen Tod fände.

Das hätte auch auf einem englischen Schiffe passieren können.

Herr Dr. Schäding: Ursprünglich waren die Abwehrmittel

gegen U-Boote sehr gering. War es nicht ein schwerer

politischer Fehler, daß durch das bekannte Interview des

Großadmirals Tirpitz die Absicht preisgegeben wurde, daß man

durch den U-Bootkrieg England völlig absperren wolle. Rupte

dadurch nicht erreicht werden, daß England sich darauf einstellte?

Admiral Koch: Vom militärischen Standpunkt aus hätte ich

jedenfalls das Interview nicht gegeben, aber so schwer schäpe ich

den Fall nicht ein. Er war der Hoffnung, daß der U-Bootkrieg

baldest einsehen würde, er sah diesen Zeitpunkt als nahe ge-

kommen an.

Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Hierauf wird Herr Dr. Strauß als Zeuge vernommen über die Angaben, die im Hauptauschuß des Reichstages, vom Admiralstab und Reichsmarineamt über die U-Bootflotte gemacht worden sind: Es ist außerordentlich schwer, über den Stand der U-Bootflotte sich ein klares Bild zu verschaffen. Eine viel zu große Zahl von unsicheren Faktoren spricht da mit. Im März 1918 waren insgesamt 23 U-Boote fronzbereit, davon waren 11 in der Nordsee. Auch im Januar 1917 waren es nur 20 Boote. Wir besaßen zwar 153 Boote, aber nur 20 waren fronzwertungsfähig. Das muß man stets in Betracht ziehen. Später waren es von 203 U-Booten 54 Boote. Uns war es verboten, selbst im Hauptauschuß über die Zahl der U-Boote irgendwelche Angaben zu machen. Als der unumgekehrte U-Bootkrieg beschlossen war, teilte Staatssekretär von Capelle im Hauptauschuß mit, daß wir 160 U-Boote hätten. Er sagte das ohne jeden Zusatz, so doch bei den Abgeordneten der Eindruck entstehen konnte und entstanden ist, daß diese Zahl auch fronzwertungsfähig war. Es waren aber nur 20 U-Boote davon fronzbereit, und von diesen 20 arbeiteten nur 5 bis 6 an der Westküste von England. Das ist ein so großer Kontrast, daß Herr von Capelle auf diesen Punkt hätte aufmerksam machen müssen. Wichtig ist, daß die Zahl der fronzwertbaren U-Boote im Laufe der Jahre 1917 und 1918 auf 26, 43, 47 und noch weiter gestiegen ist. Aber auch diese Zahlen stehen noch im Widerspruch zu den Angaben, die uns im Hauptauschuß des Reichstages gemacht worden sind. Wir haben im Hauptauschuß von Herrn von Capelle eine außerordentlich scharfe Kritik an der Fiktion des Reichstages gehört. Da aber auch die Umstände unter Herrn von Capelle sich nicht so entwickelten, wie es notwendig gewesen wäre, scharfen Worten und ich einen Brief an den Reichsfinanzminister. Um die in diesem Brief enthaltenen Vorwürfe zu entkräften, erklärte Staatssekretär von Capelle, daß wir nunmehr gegen 400 U-Boote hätten. Die Zahl war unrichtig. Selbst unter Einrechnung aller verlorenen U-Boote und der noch nicht erbauten U-Boote gab es niemals 400, sondern höchstens 300 gewesen. Ein Irrtum war es auch, wenn Staatssekretär von Capelle amtlich erklärte, zu Anfang des U-Bootkrieges wären U-Boote serienweise bestellt worden, eine Serie a, B, U C von 1 bis 60. Höhere Untersuchung ergab, daß der Staatssekretär hierbei nicht die tatsächlichen Bestellungen im Auge gehabt hat, sondern Bestellungen, die ihm im Augenblick vielleicht so angenehm gewesen wären, wie uns.

Wenn man ein richtiges Bild von dem U-Bootbau gewinnen will, darf man sich nicht an die Zahl der U-Boote klammern, sondern muß die Längenzahl berechnen, denn wir bauten zuerst U-Boote von 100 bis 200 Tonnen, später Boote mit einem Rauminhalt von über 2000 Tonnen. In den 20 Monaten der Amtstätigkeit des Herrn von Tirpitz im Reichstag sind durchschnittlich je 4000 Tonnen bestellt worden, unter Herr von Capelle ungefähr 14 000 Tonnen im Monat. Das zeigt, daß die erste Kriegszeit nicht voll für den U-Bootbau ausgenutzt worden ist. Wir haben uns wiederholt an den Reichsfinanzminister und an Herrn Bahnschaffe gewandt, es wurde uns aber immer erwidert, daß Mehrbestellungen keinen Zweck hätten, es geschähe schon alles. Das aber war nicht richtig. Die Werften hätten 1917 129 U-Boote bauen können, bestellt wurden nur 56. Besser und Dulkan wünschten Nachbestellungen; es wurde abgelehnt. Es wurden sogar Ruhepausen im U-Bootbau angeordnet, damit der Kreuzerbau nicht beeinträchtigt würde. Die Danziger Werft verlangte sogar Aufträge, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Der Zuwachs an U-Booten betrug nicht mehr als 1 Prozent im Monat. Wir haben uns auch an Ludendorff gewandt. In der letzten Besprechung der Parteiführer mit Herrn von Weismann Hollweg am 1. Juli 1917 hat Herr von Capelle erklärt, 158 U-Boote wären fertig und 250 im Bau. Tatsächlich waren nur 160 Boote im Bau, die anderen wurden erst Ende 1917 begonnen. Später wurde von Kapitän Brünninghaus erklärt, alle Werften wären überfüllt, 479 Boote wären bestellt. Davon waren aber 289 Boote noch nicht einmal im Bau begonnen und sind viel, viel später fertig geworden. Man hat nicht einmal alle Werften dem U-Bootbau dienlich gemacht. Vorwürfe will ich nicht erheben, aber bekagende Worte Artillerie liegen vor. Herr von Capelle war wenig unterrichtet über die tatsächliche Lage, und so blieb die beste Zeit ungenutzt. Hätten Herr von Weismann Hollweg und der Admiralstab diese Sachlage früher gekannt, der U-Bootbau wäre sicher energischer und emsiger betrieben worden.

Herr Dr. Barmuth schlägt vor, jetzt die Verhandlung abzubrechen, da der Admiralstab wohl die Absicht haben werde, ausführlich auf den Abgeordneten Dr. Strauß zu antworten.

Herr Capelle stimmt zu, bittet aber, ihm noch ein paar kurze Erörterungen zu gestatten: Der Herr Dr. Strauß hat mit zwei Vorwürfen gemeint. Den ersten, daß ich den Hauptauschuß nicht ausreichend unterrichtet hätte, und zweitens, daß ich nicht soviel U-Boote gebaut hätte, wie wir in der Lage gewesen wären, zu bauen. Herr v. Capelle verliest Teile aus seiner Rede im Hauptauschuß vom 22. März. Die Frage war die, wieviel U-Boote dazu gehörten, um die Westküste von England mit drei U-Booten zu besetzen. Im ganzen waren dazu 15 U-Boote erforderlich. Es waren 20 verfügbar, die an sich genügt, um die drei Stationen zu besetzen. Der Staatssekretär a. D. behält sich weitere Ausführungen für die nächste Sitzung vor. Diese findet am Dienstag um 10 Uhr vormittags statt.

Preussische Landesversammlung.

Die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke abgelehnt.

Bundestrat erfolgte die Erledigung eines Beschlusses von Keinen Anträgen, wobei Genosse Rosenfeld gegen die saumjähige Rean-

ortung protestierte, und wobei ferner auf uns re gegen die miltä-

unter Zustimmung der übrigen — wahrheitsliebenden — Mit-

glieder des Ausschusses den Nachweis,

daß Heilmann das strikte Gegenteil eines wahrheitsliebenden

Menschen ist.

Nicht genug damit. Unser Redner konnte an Hand von unbestreit-

baren Tatsachen den Beweis erbringen, daß gerade die Rechts-

sozialisten alles getan haben, die Beschädigung der Gesetze-

vorlage zu verschleiern.

Genosse Rosenfeld führte zu dem Beschluß aus: Es handelt

sich hier um einen entscheidenden Schritt auf der Bahn, die wir

energisch fortgesetzt haben müssen. Die gesamte Arbeiterkategorie

warier mit Umgehuß darauf, daß wichtige Betriebe, wie es die

Wasserwerke auch sind, aus den Klauen kapitalistischer Ausbeuter

gerissen werden. Gerade bei den Wasserwerken trete das Interesse

der Bevölkerung klar zutage. Wir haben die Bestimmung in der

Reichsverfassung, die bekanntlich eine Entschädigung der Aktionäre

zur Pflicht macht, für falsch. Da wir aber daran gebunden sind,

verlangen wir zumindest, daß sie unter Berücksichtigung der heutigen

Verhältnisse den wirklichen Nutzwert zugrunde legt und keines-

falls den kapitalistisch festgestellten Wert. Die Entscheidung der

Rationalisierungsversammlung abzuwarten zu wollen, wäre verfehlt, denn

es gibt sich heute wohl kein Mensch mehr einer Täuschung darüber

hin, was von dieser Artperiode zu erwarten ist.

Der Parlamentarismus wird nicht, wie Heilmann un-

glauben machen wollte und manche Illusionisten hoffen, die Ein-

heitsfront der Arbeiterkategorie herbeiführen. Aber sie liefern uns

so viel Material, daß auch der Kurzsichtige erkennen muß, wo

seine Interessen getrübt werden, und das wird die Einheitsfront

herbeiführen. Wir wünschen, daß das Gesetz in der von uns für

richtig gehaltenen Form angenommen wird.

Lehnen sie es ab, dann ist dies nur ein neuer Beweis, wie

wenig vom Parlamentarismus die Volksozialisierung zu er-

warten ist, die kann nur kommen durch die Diktatur des Pro-

letariats. (Lebhafte Zustimmung bei den Anhänger.)

In der weiteren Debatte haben die bürgerlichen Redner

jämlich die Darstellung des Genossen Rosenfeld über den Ge-

schäftsgang des Ausschusses als der Wahrheit entsprechend be-

stätigt und damit den Heilmann als den Charakterisierten, als den

ihn anständigen Menschen längst erkannt haben und — meiden.

Nach längerer Aussprache wurde das Gesetz gegen die Stim-

men der Unabh. Sozialisten, der Sozialdemokraten und des

zu den Verhandlungen für das gewerbliche Personal nicht zuge-

lassen werde. Dementsprechend wurden auch die vom Arbeit-

nehmerverband bezogenen Forderungen von 155 M. Wochenlohn

und einer Wirtschaftsbefähigung von 600 bzw. 500 M. abgelehnt.

Am gestrigen Tage nahmen nun beide Verbände Stellung zu die-

sem Ergebnis. In einer am Vormittag abgehaltenen, von ca. 450

Personen besuchten und dem Arbeitnehmerverband einberufenen

Versammlung der streikenden Zuschneider, Kaufleute usw. sprach

man sich in gehobener Stimmung mit 420 Stimmen für Fort-

setzung des Streiks aus. Nachmittags entschied eine Vertrauens-

männerversammlung mit 28:23 Stimmen für Fortbruch des

Streiks. Abends fand dann eine vom Schneiderverband einbe-

rufene Zuschneiderversammlung statt, in der Fischer im Namen

des Schneiderverbandes die Aufnahme der Arbeit empfahl. Gleich-

zeitig sollen Verhandlungen wegen der Forderung auf 155 M. an-

gestrebt werden. Für die Wirtschaftsbefähigung war jedoch der Streik-

verband nicht zu gewinnen. Es kam daher wieder zu scharfen

Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Schneider-

verbandes einerseits, und den in beiden Verbänden Organisierten

andererseits. Besonders mißbilligt wurde auch von Mitgliedern

des Schneiderverbandes die eigenartige Weise, wie Sachh-

macher vor dem Schlichtungsausschuß den Arbeitnehmerstand-

punkt vertreten und damit das Lob der Unternehmer gerntet

habe. Einigungsversuche des Arbeitnehmerverbandes wurden

von Fischer zurückgewiesen, so daß schließlich zu geheimer Abstim-

mung über den Abbruch des Streikes gefaßt werden sollte.

Hierbei entschied auf Veranlassung der Anhänger des Arbeit-

nehmerverbandes, welche die Entzerrung anwesender Schneider

forderten, eine betriebl. Urkunde, die sich durch das Erscheinen

von Sallis noch mehr steigerte, daß die Versammlung ergebnis-

los geschlossen werden mußte, nachdem vorher Fischer im

Neue Lohnsätze für Stukkateure.

Die am 30. Oktober im Gewerkschaftshaus tagende Versamm-

lung der Stukkateure nahm Stellung zu dem Resultat der Ver-

handlungen der Schlichtungskommission. Nach reifer Diskussion

stimmte die Versammlung mit 171 gegen 13 Stimmen folgenden

vereinbarten Lohnsätzen zu: Einheitslohn für Werkstattstukkateure

pro Stunde 3,30 M. Für Ausführung bei auswärtsigen Arbeiten ist

ein Mindestlohn von täglich 8,40 M. zu zahlen, für Akkordarbeiten

ein Aufschlag von 17 1/2 Prozent. Diese Lohnsätze treten mit dem

1. November in Kraft. Für Baustellen, wo die Arbeit bis zum

1. November noch nicht beendet ist, bleiben die event. besseren Lohn-

und Arbeitsbedingungen bis zur Beendigung der Arbeiten bestehen.

Ferner wurde den streikenden Metallarbeitern vollste Sympa-

thie ausgesprochen und ihnen gelobt, den Streik nach besten

Kräften moralisch und finanziell zu unterstützen.

Maler! Achtung! Durch Vereinbarung vom 13. Oktober

1919, der beide Vertragsparteien zugestimmt haben, ist der

Lohn um 50 Pf. pro Stunde erhöht worden, so daß der Minimal-

lohn 3 M. pro Stunde beträgt; zahlbar spätestens vom 1. No-

vember ab. Verband der Maler usw., Filiale Berlin.

Im Dresdener Angestelltenstreik ist es zu einer Einigung

gekommen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Groß-Berlin.

Zur Verkehrsperre.

Auf den Personenbahnhöfen herrscht Ruhe. Die

Fahrkartenschalter sind geschlossen. Herr den Bahnsteigen

sieht man nur Dienstpersonal die notwendigen Arbeiten

berichten. Wer reisen will, muß das aufschieben, bis die

Personenzüge wieder fahren. Eine Rückkehr ist insofern

eingetretten, als von heute (Sonntag) ab gewöhnliche

Pakete und Wertbriefe wieder allgemein zur Postbeför-

derung zugelassen werden.

Ausgeschlossen von der Beförderung bleiben jedoch noch

wie vor Wert- und Einschreibepakete, außer Sendungen

von Banken. Da die Postverwaltung jetzt drei Tage Zeit

gehört hat, die riesigen Pakemassen, die sich vor Eintritt

der Bahnsperrre angeammelt hatten, ihrem Bestimmungsz-

ort zuzuführen, konnte die Oberpostdirektion beim Reichs-

postministerium die Aufhebung der allgemeinen Paket-

sperrre anregen. Die Abwicklung des Verkehrs auf den

Bahnpostämtern hat sich überall glatt vollzogen. Die Post-

verwaltung ist auch weiterhin durch Ausnutzung des Flug-

verkehrs bemüht, den Postverkehr aufrechtzuerhalten.

Eine Einrichtung mit Hindernissen.

In der gestrigen Stadterwerberversammlung in Neu-

kölln sollte die Exekution an dem kommunalen Arbeiterzoo: voll-

zogen werden, so wie es in letzter Zeit schon in verschiedenen Groß-

wohner-Gemeinden geschehen ist. Die Anregung dazu kam auch

wieder von den Rechtssozialisten, die also ganz systematisch in

dieser Weise, ihren rassistischen Charakter zu bekunden, vor-

gehen. Zwar sichten sie in Neukölln die Pöle zu vergrößern, indem

sie ihrem Antrag den Zusatz anfügen, daß den städtischen Ar-

beitern, Angestellten und Beamten das Recht eingeräumt wird, in

alle zuständigen Kommissionen und Deputationen je einen Ver-

treter zu entsenden, denen beratende und beschließende Stimme

zu gewähren ist. Auch soll der gesamten Bevölkerung Gelegenheit

Gewerkschaftliches.

Gewalttät gegen einen Betriebsrat.

Eine im kaufmännischen Gewerkschaftshaus abgehaltene

Versammlung der Angestellten der in dem Ledergeschäft in der

einigen Gesellschaften, der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft G. V.,

des Lützowdenweg 8. u. 9., und des Seidenjutes, A.-G.,

beschäftigte sich mit einem Vorfall, der geeignet sein dürfte, das

Interesse der weitesten Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen.

Der Obmann des neu gewählten Angestelltenausschusses, der

sich in geübiger Stellung befindet, wurde auf Veranlassung des

Generaldirektors Rißlich, mitten aus einer Sitzung dieses

Ausschusses durch Beamte der „grünen“ Polizei herausgeholt und

auf die Straße gebracht. Vorwand zu dieser merkwürdigen Maß-

nahme gab die Tatsache, daß er sich in Ausführung seines Amtes

weigerte, der Aufforderung zum sofortigen Verlassen des Be-

triebes Folge zu leisten.

Die durch den Vorfall aufs äußerste erregte Versammlung

gab ihrer Entrüstung durch eine Entschiedenheit Ausdruck, die mit

allen gegen eine Ermahnung angenommen wurde. Es heißt darin:

Der am 5. November gewählte Obmann des Angestellten-

ausschusses ist 24 Stunden später durch Mißbrauch der Polizei-

macht gewalttätig aus dem Betriebe entfernt worden, um dadurch

die energische Vertretung der Angestellteninteressen zu hinde-

ren. Die Art dieser Maßregelung steht im Widerspruch mit

und maßloser Willkür im gewerkschaftlichen Leben beispiellos da.

Die Angestellten geloben feierlich, ihrem Obmann mit gewer-

kschaftlicher Treue zur Seite zu stehen. Sie fordern, Herrn Ob-

mann Gelegenheit zu geben, seine Pflicht im Mitarbeiterstreit

gegenüber zu erfüllen. Die Versammelten geben allen Ange-

stellten Berlins mit Entrüstung von diesem unglaublichen Vor-

fall Kenntnis und bitten um ihre ungeheilte Sympathie.

Die Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Eine stark überfüllte Versammlung der in der chemischen und

benachbarten Industrie beschäftigten Transportarbeiter beschäftigte

sich am Mittwoch abend mit Kündigung des Tarifvertrages.

Rißlich besprach die allgemeine politische und wirtschaftliche

Lage und ging dann auf die bis jetzt geführten Verhandlungen ein.

Für den neuen Tarif wurde von seiten der Arbeitgeber der

Vorschlag gemacht, für die Provinz Brandenburg vier Lohnklassen

von 2,20, 1,90, 1,60 und 1,30 M. Stundenlohn aufzustellen, und

ganz kämen für Berlin die beiden ersten Klassen in Betracht.

In den Verhandlungen haben die Unternehmer einen äußerst

harten und ablehnenden Standpunkt eingenommen. Ihr ganges

Bestreben ging auf den Abbau der Löhne und Einführung des

Stunden- statt Wochenlohnes hinaus. Mit diesen Angeboten konnten

sich die Arbeitnehmer natürlich nicht einverstanden erklären.

Zu bedauern war aber, daß die einschlägigen Verbände nicht kon-

sistent gingen. So hatte sich der Arbeiterverband auf 2,70 M.

Stundenlohn festgelegt, die Transportarbeiter stellen die Forderung

von 1,60 M. Wochenlohn für Rutscher usw., 1,70 M. für

Chaufseure auf, die allerdings im Laufe der Verhandlungen auf

1,50 bzw. 1,60 M. reduziert wurden. Als Ergebnis der Verhand-

lungen wurde von den Unternehmern eine Lohnherabsetzung von

20 Pf. pro Stunde zugestanden.

In einer kurzen Diskussion kam die Entrüstung über das

schändliche Angebot der Unternehmer zum Ausdruck. Mit der

endgültigen Kündigung des Vertrags wird sich eine demnächst statt-

findende Versammlung der chemischen Industrie beschäftigen.

Die Lage im Zuschneiderstreit.

In dem Konflikt zwischen Schneider- und Arbeitnehmerver-

band entschied am Donnerstag der Schlichtungsausschuß in dem

Sinne, daß der Arbeitnehmerverband während der Tarifause-

doch, sich Eingang zu verschaffen. In lauten Verwünschungen gegen die Rechtssozialisten machten sie ihrem Hagen nun Luft, und auch die Tribünenbesucher, die sich bis dahin ruhig verhalten hatten, mischten sich nun in das heilige Wortgefecht. Der Tumult steig' derart, daß der Stadtvorstandsvorsitzende Scholz die Sitzung vertagen mußte. Nach getauerer Zeit erschien ein Aufgebot der Sicherheitswache, die den Saal räumte. Aber die Erregung gipfelte immer noch nach, die Tribünenbesucher konnten sich noch lange nicht beruhigen, und auch die Tribünen Demonstrationen verließen erst nach und nach das Rathaus. Draußen handelte man mit den schärfsten Mitteln einzugreifen. Der Anblick dieser Truppe wirkt immer provozierend, und wir hörten auch im Vorbeigehen, wie der Führer seine Leute aufforderte: „jeden, der nicht pariert, hart angreifen“. Es war gut, daß die Menge auf der Straße sich ruhig verhielt, so daß es zu keinem blutigen Zusammenstoß kam.

Drinnen aber wurde nach über einstündiger Pause die Debatte fortgesetzt, wobei es noch zu heftigen Zusammenstößen kam. Endlich kam die Abstimmung und, wie nicht anders zu erwarten, wurde der rechtssozialistische Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Die Hinrichtung des Arbeitervortrags war, wenn auch mit etlichen Hindernissen, vollzogen. Ein Auswegblatt in der Geschichte Neubaus dürfte dieser Tag nicht bilden!

Die Versammlungsfreiheit.

Für Freitag, den 7. November, hatte die Bezirksorganisation Berlin-Stadt der U. S. P. D. eine Frauen-Mitglieder-Versammlung einberufen, die sich mit der Tagesordnung der bevorstehenden Frauenkonferenz und mit der Wahl der Delegierten beschäftigen sollte. Aber die Partei denkt und kocke über seine Beauftragten lenken heutzutage die

Geschichte unserer Versammlungen. Als die Genossinnen nach den Androschkefällen kamen, wozu die Mitglieder-Versammlung einberufen war, teilte der Wirt mit, die Versammlung sei verboten. Von wem, warum, das vermochte er nicht zu sagen. Um das zu erfahren, benahm sich zwei Genossinnen nach dem gegenüberliegenden Polizeiviertel auf die an ihn gerichtete Frage, wer denn die Versammlung verboten habe, antwortete der dort anwesende Beamte, das wisse er nicht, aber ihm sei mitgeteilt worden, jede Versammlung, die nicht besonders erlaubt sei, sei heute verboten. Er könne daran nichts ändern. Eine längere telephonische Unterhaltung mit verschiedenen Stellen des Polizeipräsidiums ergab dasselbe Resultat. Niemand wußte etwas von dem Verbot der Versammlung, da sie aber nicht angemeldet sei, könne sie nicht stattfinden. Auf die Frage, was denn geschähe, wenn sie trotzdem abgehalten werde, war die Erwiderung, dann wird sie eben von Soldaten aufgelöst werden. Da die Leitung doch nicht die versammelten Frauen der Behandlung durch die Koskisten überlassen wollte, wurde die nicht eröffnete Versammlung vertagt, nachher noch vorher dem heute verstorbenen Genossen Haas unter allgemeiner Anteilnahme ein warmer Kaktus aus der Mitte der Versammelten gewidmet worden war. Wahrlich, wir haben es herrlich weit gebracht am Jahrestag der Revolution! Blindwütend ist das Koske Recht!

Mehr Höflichkeit seitens der Beamten!

Es gibt immer noch Beamte, die glauben, das Publikum sei dazu da, um sich von ihnen unbillig behandeln zu lassen. So wird uns neuerdings folgender Fall vorgelegt: Eine Arbeiterwitwe, deren Ehemann am 31. März 1919 an den Folgen seiner Kriegswunden verstorben, stellte Ende August einen Antrag auf Witwenrente bei der Fürsorgestelle in der Hübnerstraße. Als sich die Witwe am 27. Oktober bei der dem Versorgungsbüro nach dem Stand der Angelegenheit erkundigte, wurde dortselbst festgestellt, daß ein diebezüglicher Antrag noch nicht eingelaufen sei — die Witwe wurde nach der Fürsorgestelle Hübnerstraße verwiesen. Am Donnerstag, den 30. Oktober er-

schien nun die Witwe auf der Fürsorgestelle Hübnerstraße und erkundigte sich höflich bei dem Vorleser, Herrn Brillwitz, wohin der Antrag gesandt sei. Ohne daß der Herr Vorleser sich über den Fall orientiert hatte, antwortete er in schroffem Ton: „Ihre Akten sind nicht hier und weiß ich nicht, wohin der Antrag gesandt ist, denn „Deutschland“ ist groß.“

Wir meinen, daß dies nicht die richtige Art ist, mit dem Publikum zu verfahren. Jeder Beamte, besonders solche, die in Fürsorgestellen sitzen, sollten sich ihrer Pflicht bewußt sein, jedem Hilfe und Rat Suchenden nach Kräften beizustehen.

Vollstkommissar Erich Freymann.

Warum sollen wir nicht mitteilen, ihm zu einem berühmten Manne zu machen, den Herrn Vollstkommissar Erich Freymann. Früher war er Kaufmann und als solcher stand er im Telefonbuchverzeichnis. Seitdem er es aber in Schöneberg zu der Würde eines Vollstkommissars der S. P. D. gebracht hatte, ließ er die alte Eintragung, unter der er „nur“ als Kaufmann figurierter, streichen und seitdem prangt dort hinter seinem Namen der hohe Titel: Vollstkommissar, Mitglied des Volksrats der S. P. D.

Langsam wird Herr Freymann sich mit diesem Titel ja nicht mehr brüsten können, denn wenn die S. P. D. konsequent ist und auch in Schöneberg den Arbeiterrat zur Strecke bringt, dann ist es auch mit Herrn Freymanns Herrlichkeit bald vorbei, und er wird sich auch im Telefonverzeichnis nur noch als bescheidener Kaufmann wiederfinden.

Großfeuer in der alten Franzer-Kaserne am Kaiser-Franz-Graben-Pfich. Gestern vormittag gegen 8 Uhr entstand, wie leicht festgestellt ist, durch Unvorsichtigkeit eines Kraftfahrers der Sicherheitswehr, beim Anfahren eines Lastwagens im alten Grezlerhaus des Gardelcorps ein Großfeuer, dem Automobile, Reifen, Betriebsstoff usw., im Werte von über 1 Million Mark zum Opfer fiel. Das 120 Meter lange Gebäude ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Aufruf!

In den nächsten Tagen wird die Deutsche Spar-Prämienanleihe zur Zeichnung aufgelegt.

Diese Anleihe bietet dem deutschen Sparer ganz neue Möglichkeiten der Kapitalsanlage. Sie gewährt dem Zeichner die Aussicht auf große Loggewinne ohne jede Gefährdung des Einsatzes.

Die Spar-Prämienanleihe schont und begünstigt die Krieganleihen und erleichtert zugleich der jetzigen Generation die Last der Reichsschuld.

Das gute Gelingen dieser ersten deutschen Friedensanleihe wird das Vertrauen in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Inlande und im Auslande befestigen und die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen fördern.

An das gesamte deutsche Volk in Stadt und Land richten wir daher die Aufforderung, durch Wort und Tat für dieses Ziel zu wirken.

Die neue Anleihe bedeutet einen wichtigen Schritt zum Wiederaufbau unserer gesamten Volkswirtschaft.

Wer zeichnet, gewinnt und spart.

Der Ausschuß zur Förderung der Deutschen Spar-Prämienanleihe

Berlin W 9, Budapester Straße 5

Franz von Mendelssohn, Präsident der Handelskammer zu Berlin
Vorsitzender

Universitätsprofessor Dr. Felix Bernstein, Göttingen Regierungsrat Dr. Schippel, Berlin
1. stellvertretender Vorsitzender 2. stellvertretender Vorsitzender

Geb. Kommerzienrat Eduard Arnhold, Berlin. Paul Baeder, Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin. Josef Becker vom Verband der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Lichtenberg. Kommerzienrat Beinborff, Präsident der Handelskammer Hannover. Verlagsdirektor Georg Bernhard, Berlin. Stadtkämmerer Boeh, Berlin. Direktor Dr. Bolle, Vorsitzender des Berliner Philologen-Vereins, Karlshorst. Universitätsprofessor Borkiewicz, Berlin-Dalensee. Bodenheimer, Direktor der Bank für Handel und Industrie, Berlin. v. Braun, Unterstaatssekretär a. D., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft. Generaldirektor Heinrich Brückmann, Berlin. Geheimrat Buhde, Präsident der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Rechtsanwalt Creelius, Berlin. Geh. Justizrat Dr. Hans Crüger, Anwalt des Allg. Deutschen Genossenschaftsverbandes, Berlin. Professor Dr. Dade, Berlin. Geheimer Justizrat Dietrich, M. b. N., Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, Prenzlau. Studienrat Professor Ernst Dible, Berlin. von Dombois, Präsident der Preussischen Staatsbank, Berlin. Oberpostsekretär Domscheit, vom Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten. Dr. Otto Driesen, Charlottenburg. Geheimer Kommerzienrat Philipp von Eichborn, Präsident der Handelskammer Breslau. Geheimer Kommerzienrat Engelhard, Präsident der Handelskammer Mannheim. Dr. jur. R. Haber, Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Magdeburg. Kommerzienrat Otto Fischer, Direktor der württembergischen Vereinsbank und Vorsitzender der Württembergischen Bankvereinigung, Stuttgart. Geheimer Kommerzienrat Frenkel, Vorsitzender des Vereins für die Interessen der Fonds-Börse, Berlin. Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin. Carl Galmert, Vorsitzender der Zentralvereinigung der Deutschen Vereine für Handel und Gewerbe, Berlin. Regierungsrat Gennes, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Berlin. Generaldirektor D. Gerstenberg, Präsident der Lebensversicherungs-Gesellschaft Victoria, Berlin. Herbert Gutmann, Direktor der Dresdner Bank, Berlin. Geheimer Kommerzienrat, Dr. Louis Hagen, Präsident der Handelskammer Köln. Landtagsabgeordneter Gustav Hanser, Mitglied der Württemb. Landesversammlung, Stuttgart. Reichsbankpräsident Dr. Havenstein, Berlin. Dr. Heiligenstadt, Präsident der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste, Berlin. Kommerzienrat Heimann, Bankier, Breslau. Dipl.-Ing. Hellmich, Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin. Paul Hennig, Vorsitzender des Vereins der Deutschen Kaufleute, Kaulsdorf. Kommerzienrat Heumann, Präsident der Handelskammer Königsberg. Kommerzienrat Theodor Hinsberg, Geschäftsinhaber des Barmer Wandvereins. Carl Joerges, i. Fa. Delbrück Schidler & Co., Berlin. Johansen, Vorsitzender des Reichs-Landarbeiter- und Bauernrats. Leo Joseph, 2. Vorsitzender des Journalisten- und Schriftstellervereins Arbeiterchutz, Berlin. Stadtrat Jursch, Direktor der Deutschen Girozentrale, Berlin. Reinath, Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Berlin. D. Klein, Verband der deutschen Gewerksvereine. Geheimer Kommerzienrat Kopecky, Vizepräsident der Handelskammer zu Berlin. C. Kortbus, Direktor des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften. Kommerzienrat Ernst Ladenburg, Präsident der Handelskammer Frankfurt am Main. Bankier Landau, Berlin. Bankier Loeb, i. Fa. Mendelssohn & Co., Berlin. Siegfried Manasse, Vorsitzender des Verbandes reisender Kaufleute, Berlin. Mantkewitz, Direktor der Deutschen Bank, Berlin. Paul Marx, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Berlin. Geheimer Studienrat Direktor Dr. Mellmann, Vorsitzender des Vertretertages der Preuss. Philologenvereine, Berlin. Oberbürgermeister Dr. Miklaff, Geschäftsführer des deutschen Städtetages. Rektor Müller, Schatzmeister des deutschen Lehrervereins. Hans Ostwald, Leiter der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin. Kommerzienrat Pinski, Vizepräsident der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Dr. Pinner, Handelsredakteur des „Berliner Tageblatts“. Bankier Richard Pohl, i. Fa. Harby & Co., Berlin. Geheimer Kommerzienrat Josef Pschorr, Präsident der Handelskammer, München. Direktor Dr. Quiring, Reichsverwertungsamt, Berlin. Präsident Carl Rabardt, stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Berlin. L. Ravens, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Berlin. Hermann Redendorff, Geschäftsführer der Werbedienst G. m. b. H. Berlin-München. Friedrich Reinbart, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin. Neusch, Landesbankdirektor und Geschäftsführer des Deutschen Sparlenderverbandes, Münster. Richard Riel, Vorsitzender des Kleinhandelsausschusses der Handelskammer zu Berlin. Major Otto Romberg, 1. Direktor des Reichsarbeits-Nachweises für Offiziere, Berlin. Julius Rosenberger, Direktor der Commerz- u. Discontobank Berlin-Hamburg. Fr. Rübiger, Vorsitzende des Vereins der Post- und Telegraphen-Beamtinnen. Fr. Dr. Alice Salomon, stellvertretende Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, Berlin. Dr. Salomonson, Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft, Berlin. Dr. Schacht, Direktor der Nationalbank für Deutschland, Berlin. Generalleutnant J. D. Scheuch, Berlin. Joseph Schmidt, Geschäftsführer des Reichs-Landarbeiter- und Bauernrats. Geheimer Kommerzienrat Schmitt, Präsident der Handelskammer Leipzig. Schmitt, Direktor der Städtischen Sparkasse. Direktor Moritz Schulte, Mitteldeutsche Privatbank A.-G. Magdeburg. Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Schumacher, Berlin-Steglitz. Dr. v. Schwabach, i. Fa. S. Bleichroeder, Berlin. Direktor Schwarz, Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin. Dr. James Simon, Vizepräsident der Handelskammer zu Berlin. Werner Sinn, Geschäftsführer des Vereins Berliner Vorortpresse, Berlin-Wilmersdorf. Direktor W. Waldschmidt, Generaldirektor der Ludwig Loewe A.-G., Berlin-Grünwald. Waller, Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft, Berlin. Dr. Warmbold, Ministerialdirektor im preuss. Landwirtschaftsministerium, Berlin. Marianne Weber, 1. Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, München. Dr. Wilms, Oberbürgermeister a. D., Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission, Berlin. Direktor S. Winter, Königsberg. Dr. L. Zach, Handelsredakteur der „Germania“, Berlin.

Weitere Unterschriften werden später veröffentlicht.

